

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Ewigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgebühren),
bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stanningh, verantw. Redakteur: Aug. Wianig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 7, Besenbinderhof 56.

Schluß der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Versand-Preis
für die dreizehnte Postzeitung oder deren Raum 50 Pf.

Inhalt: Oster-Evangelium. — Politische Umschau. —
Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Mahregelungen,
Differenzen. Bekanntmachung des Vorstandes. Jahresberichte
der Bauverbände: Bau Oberhessen. Berichte. — Zentral-
krankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterlohn, Sub-
missionen usw. — Aus anderen Berufen. — Eingegangene
Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

Oster-Evangelium.

Ein einziges Mal möchte ich zum Türmer werden,
Der niedersinkt durch eine schmale Scharte
Und dann mit Macht der Döllern all auf Erden
Den Ohergruß jubelnd von hoher Warte.
Der alten Barden im Triumph verfählet,
Man schmeide nun zu Eisen um die Waffen.
Der Freiheit sei der Freie eng verbunden
Und werde Teil und Segensfülle schaffen.

In meiner Höle wohnt ich ihn empfinden,
Den frohen Herzschlag der erregten Massen,
Die sich, — — — — —
Uns' Freilichungen aus den finstern Gassen!
Ihr Freudenruß nach Sturmgetrag'nen Schwestern,
Der selge Seelen fällt mit bangem Grauen —
Mir ginge tiefer, voller er zu Herzen,
Als je Choralgesang und Orgelbrausen.

Ist es ein Traum und muß ein Traum es bleiben?
O nein, es ist die Ahnung schöner Wirklichkeit. Der
Türmer viele stehen auf hohen Warten, von denen sie
des Weltgeistes Mahnung ringsumher verstanden, ein
neues Evangelium, die hohe Volksschaft der Erlösung
und Verführung. Mächtiger als sonst im Drang und
Sturm des Lebens hört ihr sie heute tönen als Oster-
gruß zum Auferstehungsfest, als Weckruf allen
Schlafenden, als Kampfruf allen Jagenden. Es ist
die heilige unzerstörbare Idee des Menschums,
der Humanität, die aus dieser Volksschaft spricht.
Prommer Wahn mag sich verorten in das Wunder
der Erlösung, das einst auf Golgatha durch Gottes
Sohn am Kreuz vollbracht, und in die Stunde seiner
Auferstehung aus des Todes Nacht — wir schauen über
das Golgatha bei Jerusalem weit hinweg auf den langen
Passionsweg, den die Menschheit durchgemessen hat,
auf die Gräber der unzähligen Märtyrer, die Götter und
Gut, Blut und Leben hingegeben haben für die Ver-
wirklichung der Ideen des Fortschritts, die sie befeelten.
Nicht aus erträumter Gotttheit gnadenreichem Schoß
ist der Menschheit je Erlösung vom Uebel gekommen;
stets mußte sie aus eigener Kraft und unter vollster
Selbstverantwortlichkeit ihr Schicksal sich gestalten, von
einem Ziel zum anderen immer mehr zur Mensch-
lichkeit empor sich ringen. Wohl uns, daß
wir den naturnotwendigen, unidbaren Zusammen-
hang all der Entwicklungsstadien erkannt haben, die
die Menschheit Jahrtausende hindurch durchgemessen hat,
aus Nacht und Barbarei aufsteigend zu immer besserer
Erkenntnis, zu höherer Kultur und vollkommener
Humanität! Da hat in organischer Folge stetig die
eine Weltanschauung die andere abgelöst, und mit
der alten überwundenen Weltanschauung sanken in
Trümmern all die staatlichen und gesellschaftlichen Ein-
richtungen, die mit ihr verbunden waren. Was der
Weltgeschichte ganzen großen Inhalt ausmacht, das ist
nichts anderes, als ein stetes, ununterbrochenes
Vergehen und Werden, Blüte, Frucht, Verfall, und
aus dem Verfall die neue Blüte, die neue Frucht, das
neue Leben. So schon sagt Alexander von
Humboldt, daß es im Lebensgeschick der Menschheit
ist wie in der Natur, für die es im Werden und
Werden kein Bleiben gibt und die ihren Fluß ge-
hängt hat an das Stillestehen.

Möge sich herrschendes Sonderinteresse noch so gewalt-
sam und rücksichtslos aufheben gegen das neue Werden
im Geist und in der Welt der Tatsachen — diese Auf-
lehnung kann wohl zu Katastrophen führen, aber den
Sieg des Fortschritts nicht hindern.

Wenn Ihr, Männer und Frauen der Arbeit, Euch
am Oherstag des lichten Frühlingsglanzes freut, dann
selbst eingedenk, daß die Sonne, die all den Auferstehungs-
zauber um Euch weht, des Menschen Geist verwandelt
ist. Wie sie alles organischen Lebens Quelle, so ist in
untrennbarem Bunde mit ihr der Geist der Quelle aller
Kultur und allen Kulturfortschritts. Der menschliche
Geist ist für die Menschheit die wahre
Allmacht. Und diese Allmacht, nicht eine, die „über
den Sternen thronet“, hat alle die Gottesurteile der
Geschichte zu stande gebracht, denen im Laufe der
Zeiten so viele Ungerechtigkeiten und Unvollkommen-
heiten, die ihre Verkörperung in staatlichen und
gesellschaftlichen Einrichtungen gefunden hatten, erlegen
sind. Was die Vernunft verurteilt, das hat keine
Möglichkeit dauernden Bestehens, es führt vor dem
lebendigen und unablässig fortzeugenden System der
geistigen Kräfte, auf denen das Reich der Menschen-
organisation beruht.

Zu allen Zeiten, in jeder Epoche der Geschichte
haben sich herrschende Gewalten unter Berufung auf
„göttliche“ oder historische Rechte den Ideen des
Fortschritts und ihrer Verwirklichung widersetzt.
Unbedingte und unantastbare Autorität für sich
in Anspruch nehmend, haben sie geglaubt, der
Entwicklung erfolgreich ein Halt geboten zu können.
Aber stets erwies sich die Macht des Geistes der Humanität
stärker als das erworbene oder vorgebliche „von
Gott verliehene“ Recht, wie tiefwurzelnd, umfassend,
wohlorganisiert und wohlgeschützt dieses auch sein
mochte. Der Menschheit einmiges, unzerstörbares Vor-
recht, ihr Beruf, die Humanität immer reiner und
vollkommener herauszubilden, ließ sich durch kein
Machtswort hinwegbekretieren. Ebenso oft als der von
der Erkenntnis dieses Berufes geleitete freie Geist in
Acht und Bann getan wurde, ebenso oft erhob er sich
triumphierend; er zerbrach alle Ketten, so unzerbrechlich
sie auch scheinen mochten.

Wir wissen, der „menschgewordene Gottessohn“,
der am Kreuz auf Golgatha sein edles Streben, den
Armen und Elenden zu helfen, büßen mußte, hat die
Menschheit nicht erlöst. Der Mensch selbst mußte
immer mehr Mensch werden, um sich vom Uebel zu
erlösen. Und noch ist so vieles zu vollbringen zum
Geist der Welt, noch herrscht auf „Rechte“ pochend,
allüberall gar arge Ungerechtigkeiten. Noch ist mancher
grauße Fluß zu tilgen. Noch spricht verruchter
Geist der schändlichen Selbstsucht jener Liebe Hohn,
die der Nazarener einst verstanden hat. Noch sind
der Ketten viele zu zerbrechen — die Ketten der
Unvernunft, des täuschenden Wahnes, des geistigen und
materiellen Elends. Und sie werden brechen, diese
Ketten, so wahr, so sicher wie des Frühlings
Sonne die Eisesfesseln sprengt. In Millionen Prole-
tarietherzen hat der Sozialismus, der Träger
und Verkörper einer neuen Weltanschauung, jene
heilige Glut entfacht, die allgemaltig siegreich ringt
für das Höhere, für das Bessere. Aus den Tiefen der
Volkseele kommt das neue Leben, das die Welt verjüngen
wird. Was Arbeiterbewegung heißt, das ist der
Frühlingssturm, der durch die Lande braust. Und
der Herzschlag der ringenden Masse ist der
Ohergruß der neuen Zeit, die da bringen soll den
Sieg der Freiheit und der rein menschlichen Gleichheit,
der verführenden Gerechtigkeit, des Friedens und der
wahren Liebe, für die der Mensch das Höchste ist.

Für die Erfüllung dieser Verheißung zu dulden und
zu kämpfen, ist die schönste Pflicht, die der Mensch
erfüllen kann.

Politische Umschau.

Die sozialdemokratische Partei hat einen herben Verlust
erlitten. Am 6. April starb in Hannover, von einem schweren
Schlaganfall getroffen, im Alter von 63 Jahren, der Reichstags-
abgeordnete Heinrich Meißner. Seitlos und treu hat er seit
dem Jahre 1888, also volle vierzig Jahre, bis unmittelbar vor
seinem Tode seine Kraft der sozialdemokratischen Partei und der
gewerkschaftlichen Bewegung gewidmet. Als echter und rechter
Proletarier nahm er, der das Zigarrenmacherhandwerk erlernt,
seinen Weg in diese Bewegung, und in die Partei. Gemein-
schaftlich mit Frische und anderen fortgeschrittenen Berufs-
genossen gründete er 1888 den Deutschen Zigarfabrikantenverein,
um sich dann alsbald auch dem von Postalle gegründeten
Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein anzuschließen. Sowohl in
seiner Gewerkschaft wie in der Parteigenossenschaft Hannover
und später auch in der Gesamtpartei hatte er eine führende
Stellung inne. Seit 1884 vertrat er die Stadt Hannover, im
Reichstage. Zugleich war er viele ganze Zeit hindurch im Vor-
stande der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und leitete
die Neuorganisation der Partei nach dem Fall des Sozialisten-
gesetzes Vorsitzender der Kontrollkommission. Gar viele und
schwere Verantwortlichkeiten hat er zu tragen. Aber immer hat
er ihr, wie überhaupt jeder Pflicht, die ihm im Parteileben
erwuchs, ebenso gewissenhaft wie ausdauernd und energisch
genügt. Alles in allem gab er sich ein gutes Beispiel. Auch
der Achtung gerecht denkender Gegner durfte er sich erfreuen. Die
Partei und die gewerkschaftliche Bewegung schäufen ihm gleich-
maßen vielgen Dank. Als tapferer Soldat hat er in Reich und
Gleich des kämpfenden Proletariats gestanden und ist er gestorben.
Das Andenken an Heinrich Meißner wird in der Partei nicht
erlöschen. In sein Wirken doch mit ihrer ganzen Geschichte
verbunden.

So geht die alte Garde dahin. Möge die junge ihr
nachsehen!

Der Reichstag ist vom 6. April bis zum 24. April in
die Osterferien gegangen. Im Verlauf der letzten Sitzung wurde
der Reichstagskanzler Fürst Billow, nachdem er über die Marokko-
Angelegenheit gesprochen hatte, von einem starken Ohnmachts-
anfall betroffen. Bis jetzt verläuft, daß sein Befinden baldige
Wiederherstellung erwarten läßt.

Der Etat ist, wie vorausgesehen war, in der verfassungs-
rechtlich gefestigten Zeit, bis 1. April, nicht erledigt worden. Es
mußte deshalb ein Notgesetz erlassen werden. Ein Teil der
zweiten und die ganze dritte Lesung steht noch aus. Un-
mittelbar nach den Ferien dürfte auch die Diskenfrage
zur Entscheidung kommen.

Dem Reichstage liegt ein von der freisinnigen Ver-
einigung gestellter Initiativantrag vor, der mit Rücksicht
darauf, daß bei den letzten Reichstagswahlen in vielen
ländlichen Orten als Wahlurnen Gegenstände benutzt
worden sind, die keine sichere Garantie für die Geheim-
haltung der Stimmabgaben gebühren, die Reichsregierung
auffordert, für die nächsten Wahlen Anordnungen über
die Form und Benutzung der Wahlurnen zu treffen, die
einen Mißbrauch ausschließen und eine Verletzung des
Wahlgeheimnisses unmöglich machen.

Wie die „Liberalen Korrespondenz“ erfährt, besteht in
der überwiegenden Mehrheit des Reichstags über die un-
bedingte Notwendigkeit derartiger Maßnahmen vollkommene
Übereinstimmung.

Neben der Befreiung Schwachsinntiger vom
Militärdienst ist schon viel geredet und geschrieben worden.
Jetzt nun hat die Petitionskommission des
Reichstags beschlossen, eine diesbezügliche aus Hamburg
eingegangene Petition dem Reichstagskanzler zur Erwägung
zu überweisen. In der Petition wird u. a. vorgeschlagen, daß
die Leiter der in vielen Großstädten errichteten Schulen für
Schwerbehaltene nach Abgang der Schüler ein Verzeichnis
derjenigen der Militärbehörde zu stellen sollen. Der Regierungs-
kommissioner erklärte, daß die Militärverwaltung selbst ein großes
Interesse daran habe, geistig minderwertige Personen vom
Militärdienst auszuschließen. Es sei jedoch nicht immer möglich,
bei der Ausmusterung der jungen Leute ein richtiges Urteil
über deren geistige Fähigkeiten zu fällen. Es fanden deshalb
auch verlässliche Einschätzungen in den Militärämtern statt. Die
Leiter von Trennanstalten seien verpflichtet, ein Verzeichnis der
in den betreffenden Anstalten verpflegten Geisteskranken der
Militärbehörde einzureichen. Es würde sich vielleicht empfehlen,
solche Verzeichnisse auch der Militärbehörde zugehen zu lassen,
soweit es sich um junge Männer handelt, die sich zur Aus-
musterung noch nicht gestellt haben.

Die preussischen Grund- und Hausbesitzervereine haben in Berlin ihren neunten Verbandstag abgehalten. Der Geschäftsbericht führte billige Klage darüber, daß der preussische Landtag — dieses Parlament der besessenen Klassen! — aber die Petition des Verbandes gegen die rückfällige Unterföhrung der „sogenannten“ gemeinnützigen Bauartigkeit der Genossen- schaften einfach zur Tagesordnung übergegangen sei. Die Regierung habe denn auch in diesem Jahre wieder Mittel für diesen Zweck bereitgestellt. Die Hausagrarier beanspruchen aber den Boden- und Wohnungswucher als ihr „unantastbares Recht“.

Auch befindet sie ihren Born darüber, daß Krankenkassen „erlaubt haben“, durch Enquêtes die schändlichen Wohnungsverhältnisse aufzudecken. Der Vorsitzende, Justizrat Baumert, führte aus: Wenn die Krankenkassen auch bekanntlich unter sozialdemokratischer Leitung stünden, so dürften sie doch nicht das für die Kranken bestimmte Geld zur Parteiloyalität gegen die Hausbesitzer ausgeben. Die Mitteilungen seien entsetzt und übertrieben, die photographierten „Wohnstätten der Armut“ seien für vor dem Abdruck gewiesen. Die Armut würden übrigens weder die Hausbesitzer noch die Sozialdemokraten aus der Welt schaffen. Die Hausbesitzer ganz sicher nicht. Denn für sie ist die Armut Voraussetzung, ebenso daßer als „Wohnungen“ zu unerschwinglichen Preisen vermieten zu können.

Die Kulturrückständigkeit Westfalens erklärt eine Illustration, die jetzt bekannt gewordene Tatsache, daß es in diesem deutschen Bundesstaat, wo das Zentrum im Namen des Christentums und der Ordnung regiert, 175 Schulen ohne Aborte gibt! Diese Tatsache, die man kaum für möglich halten sollte, wird festgestellt durch folgende Mitteilung: Die Schweriner Regierung hat mittels Reichstags vom 1. November 1905 an die 175 ritterschaftlichen Schulpfänger ihres Bundes, in deren Gütern bisher trotz gesetzlicher Bestimmungen noch keine Aborte für die Schulen vorhanden waren, verfügt, unbedinglich mit dem Bau von Schulaborten zu beginnen. Natürlich haben es die ehrsüchtigen Junker immer als ihr „gutes Recht“ betrachtet, auf das Gesetz zu pochen, wenn es sich um ihren Interesse nicht verhält. Ob sie jetzt ihrer Pflicht gedenken werden? Welche Annahme! diesen Schulpfängern zugunsten, Aborte für die Schulaborte des ritterschaftlichen Plebs zu errichten? Es ist wirklich eine Schmach und Schande für das Deutsche Reich, daß in einem seiner Bundesstaaten noch solche Zustände existieren können.

Im englischen Unterhause begründete der sozialdemokratische Abgeordnete O'Grady eine vom Kongreß der Arbeiterpartei angenommene Resolution betreffend Alterspensionen. Die Resolution fand allgemeine Zustimmung, womit allerdings noch wenig für die sozialpolitische Praxis getan ist, aber das Unterhause ist doch nunmehr an die Erfüllung seines Versprechens gebunden. Eine Londoner Korrespondenz des „Morningstar“ bemerkt dazu: Die Schwierigkeiten seien nicht mehr im Prinzip, sondern in der Ausführung zu finden. Eine beratende sozialpolitische Kommission verlangt nun aber gleichzeitig entweder eine Finanzreform oder eine Herabsetzung des Kriegsbudgets. Pensionsberechtigten würden etwa 650 000 Briten im Alter von 65 Jahren. Die Pension soll zwischen M. 5,50 bis M. 7 pro Woche variieren. Die dazu notwendigen Ausgaben werden auf 10 bis 12 Millionen Pfund Sterling jährlich veranschlagt. Es handelt sich nun darum, Steuerquellen zu entdecken, um daraus die 12 Millionen schöpfen zu können. Das einfachste wäre eine Herabsetzung der Arme- und Pensionsausgaben von 65 auf 50 Millionen Pfund Sterling. Die Mittel, um eine ernste Umgestaltung der Gesellschaft vornehmen zu können, sind wohl vorhanden, aber sie werden von denjenigen beherrscht, die das Wohl der Völler im Imperialismus oder im ungehörigen Weltgeschäft erblicken, aber nicht in einer sozialistischen und demokratischen Ausgestaltung des eigenen Vaterlandes. Mit dem Gelde, das England für seine Armee ausgibt, könnte man seine arbeitslose Reservearmee in nützlichen Unternehmungen beschäftigen und anfänglich erhalten. Wenn die Einsicht nicht — ein neues Prinzip, mit Macht ausgerichtet, muß es teilen.

Im englischen Unterhause brachte der Minister des Innern, Gladstone, einen Gesetzesentwurf ein, der das bestehende Gesetz über die Zahlung von Unfallschadens- schäden seitens der Unternehmer an die in ihren Betrieben zu Schaden gekommenen Arbeiter ergänzt und verbessert. Der Entschädigungsanspruch wird ausgedehnt auf alle Personen, die für einen Unternehmer arbeiten, mit Ausnahme einiger weniger Klassen, wie Kolonnenmannschaften, Handelsgesellen und Dienstmädchen. Der Gesetzesentwurf sieht auch die Entschädigung in Fällen gewerblicher Krankheiten vor, wie Karbunkelgeschwüre, Bleivergiftung und Knochenverwundung.

Nachdem alle Parteien, einschließlich der Arbeiterpartei, sprachen sich zustimmend zu dem Entwurf aus. Nachdem Gladstone auf eine Anfrage noch erklärt hatte, daß das Gesetz auch die fremden Seeleute, die auf britischen Schiffen fahren, einbeziehe, wurde dieses in erster Lesung, wie bereits mitgeteilt, angenommen.

Der Generalanwalt Walton legte dem Unterhause ein Gesetz vor über die Haftbarkeit der Gewerbevereine in industriellen Streitigkeiten. Die Regierungsvorlage sucht auf Umwegen zu erreichen, was die Gewerbevereine offen als ihr Recht verlangen, nämlich, daß das Vermögen der Gewerbevereine nicht für ungeschickliche Handlungen ihrer Vertrauensleute haftbar sein solle.

In der Begründung seines Entwurfs sagt Walton, der Entwurf sei nötig geworden infolge der Entscheidung, die die Gerichte in dem bekannten Ruff-Wale-Prozess getroffen hatten, in dem als Recht erkannt worden war, daß Schadenersatz für die Folgen ungeschicklichen Vorgehens von Mitgliedern einer Trade Union während eines Ausstandes aus dem Vermögen des betreffenden Gewerbevereins erwirksam ist, auch wenn dieses Vorgehen nicht durch das Exekutivkomitee des betreffenden Gewerbevereins beschlossen worden sei. Walton bekämpfte die Forderung der Arbeitervertreter, daß das Vermögen der Trade Unions ganz und gar gegen dergleichen Ansprüche geschützt sein solle und erklärte: „Lassen Sie uns kein privilegiertes Proletariat schaffen.“ Der Minister gab insoweit zu erkennen, daß die Regierung die Frage schließlich der Entscheidung des Hauses überlassen werde und erklärte, der Gesetzesentwurf

legalisiere auch das sogenannte friedliche Streikpöktehen. Schließlich wurde die erste Lesung des Entwurfs angenommen.

Wie aus London berichtet wird, ist die Arbeiterpartei in großer Erregung; sie hält Versammlungen ab und einer ihrer Vertreter, Sudon, hat ein Gesetz vorgelegt, das bestimmt, den Gewerbevereinen die Rechte zurückzugeben, die sie 80 Jahre lang bis zur neuesten, die Haftpflicht dieser Vereine willkürlich konstruierenden Rechtsprechung besaßen. Falls das Unterhause Sudons Vorlage annimmt, die von 200 Liberalen, der ganzen Arbeiterpartei und sämtlichen irischen Nationalisten gebilligt wird, muß die Regierung sich darüber entscheiden, ob sie Sudons Forderungen der eigenen Vorlage einverleiben will, auf die Gefahr hin, eine Spaltung im Kabinett hervorzurufen.

Eine Abordnung des Amerikanischen Arbeiterbundes wurde kürzlich beim Präsidenten Roosevelt darüber vorstellend, daß öffentliche Organe nicht die berechtigten Interessen der organisierten Arbeiter schwer verletzen sollten.

Mit richterlichen Eingabebefehlen gegen Streikende wurde Mißbrauch getrieben, das Ausschließungsrecht für Regierungsarbeiten wurde oft verleiht, ob sie Substitutionsbestimmungen gegen die Chinesen zu Gunsten von Kapitalisten sehr lax gehandhabt.

Roosevelt antwortete in einer wenig entgegenkommen- den Weise und erklärte, daß er die Klagen der Arbeiter für unbegründet halte. Diese Antwort bestimmte bei den Arbeitern sehr, und es dauerte nicht lange, da sandte Roosevelt einen Brief an den Arbeiterbund mit dem Ersuchen, ihm eine Liste der Klagen und Gesetzesübertretungen zu- zufüllen. Er versicherte zugleich, daß er den Bestrebungen der organisierten Arbeiter „die größte Sympathie“ entgegenbringe.

Daß Herr Roosevelt sich auf die Kunst des diplomatischen Geheims verleiht, ist längst bekannt.

Im Amerikanischen Arbeiterbund sind Stimmen laut geworden, eigene Kandidaten für den Kongreß aufzustellen. Ein anderer Vorschlag, der mehr Aussicht auf Durchföhrung besitzt, ist der: unter den Kandidaten der alten Parteien einen Auswähl dahin zu treffen, welche zu unterstützen, welche zu bekämpfen seien: Wer sich als Arbeiterfeind bemerkbar mache, der solle natürlich keine Unterstützung erhalten, und man nimmt an, daß er dann auch nicht gewählt werden könne. Das ist die schon öfter angewandte, sehr beliebte, aber stets erfolglos gebliebene Politik der konservativen Arbeiterführer, die von den sozialistischen Mitgliedern des Arbeiterbundes heftig bekämpft wird.

So lange die Mitglieder der amerikanischen Gewerkschaften sich nicht englisch verbinden mit der Sozialdemokratie zu einer selbständigen Arbeiterpartei zwecks selbständiger politischer-politischer Betätigung, — so lange kann die dortige Arbeiterklasse kein maßgebender politischer Faktor werden.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht. Zuzug von Mauern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Hansastädte:

Lübeck (Tischler- und Malerstreik), Fackenburg (Streik);

Schleswig-Holstein:

Barmstedt (Sperre über Rathjens, in Hemdingen), Itzehoe (Streik der Bauarbeiter), Lauenburg (Sperre über Basedow), Schleswig, Sonderburg (Aussperrung), Marne, Meldorf (Streik);

Mecklenburg:

Schwerin (Sperre über Ferd. Stange), Goldberg (Zimmererstreik);

Pommern:

Gollnow (Sperre über Klüter), Jarmen (Sperre über Brandt und Heitschmidt), Stralsund (Differenzen), Lütz, Misdroy (Streiks), Gölitz (Sperre über H. Schütter), Swinemünde (Bauarbeiterstreik);

Ost- und Westpreussen:

Granzow, Konitz (Aussperrungen), Marienwerder (Aussperrung in Rehhof b. M.);

Posen:

Schneidemühl, Posen (Aussperrung);

Schlesien:

Ranschwalde b. Görlitz (Sperre über Unternehmer Paul), Waldenburg (Sperre über die Spiegelhütte auf Kolonie Sandberg), Ohlau (Sperre über Nippert in Baumgarten), Hirschberg-Gunnersdorf (Aussperrung), Oberrück (Streik);

Brandenburg:

Wittenberge (Aussperrung), Spandau (Sperre über die Unternehmer Leo und Rorkech), Strasburg i. d. Uckermark (Sperre über Döring), Wittstock a. d. Dosse (Sperre über den Rathausbau), Kauen (Bauarbeiterstreik), Arnswalde (Streik);

Provinz Sachsen:

Halberstadt (Massregelung), Wittenberg, Bez. Halle (Aussperrung), Mühlberg a. E. (Streik), Bitterfeld (Sperre über E. Wiesner), Mausewitz, Weisseneis, Zeitz (Bergarbeiterstreik), Landsberg b. Halle (Streik);

Braunschweig:

Gr. Vertheim (Streik);

Königreich Sachsen:

Leipzig (Gesperri sind die Firmen Marien & Kunze, Bahnhofsbauteam, Karl Wilhelm Thormann, Leipzig-Anger, Wiebelstr. 9, Karl Feist in Wahren, Halleschestrass, M. Klenke in

Möckern, Halleschestrass, R. Hippe in Leipzig-Anger, Weissenburgerstrass, Bernhard Schammelt, Ecke Bayersche und Hardenbergstrass, Otto Dietze, Wahren, Halleschestrass, Wurzen (Sperre über Lehmann in Püchau), Hirschberg (Aussperrung), Meissen (Sperre über das Kollreppwerk), Elsas (Aussperrung);

Hannover, Oldenburg und Lippe:

Burgdorf (Sperre über Allending), Visselhövede (Sperren über Cohrs und Köster), Pyrmont Osterode a. Harz (Streik), Emden (Zimmererstreik);

Thüringen:

Erfurt (Sperre über Wagner), Coburg (Differenzen), Eisenach (Sperren über Wagner und Schröder), Gera (Sperre über Hirsch), Arnstadt (Streik), Kahla, Triebes (Aussperrungen);

Rheinprovinz und Westfalen:

Sennath bei Düsseldorf (Sperre über Judick), Ostersloh (Aussperrung), Heespen (Sperre über Schürmann), Lügendorf (Sperre über die Zechen „Germania“ und „Zollern“), Ahrtweller-Nonnenahr (Streik), Düsseldorf (Fliesenarbeiterstreik);

Bayern:

Amberg (Streik), Bamberg (Sperre über Hartmann), Alsenau, Kolonnenhall, Zirndorf (Streiks);

Hessen:

Wittenhausen (Sperre über Maurermeister Oehm, Grossalmerode);

Baden-Pfalz:

Kaiserslautern (Sperre über den Unternehmer Neurath), Mandelheim (Sperre über die Fabrik „Gülden“, Schillerstadt (Streik);

Elsass-Lothringen:

St. Ludwig (Differenzen bei der Firma Matter aus Strassburg);

Gau Oden. In Romisch haben die Unternehmer die Vermittlung des Bürgermeisters mit der Begründung abgelehnt, daß sie Arbeitskräfte genügend haben. Dieses war vorausgesetzt, denn die Unternehmer wollten die Nachtprobe, darum fügen sie sich selbst was vor. Bis jetzt ist ihnen ihr Selbstungsplan aber vollständig mißglückt, denn glaubt haben sie, daß es möglich sein würde, schon im März Romisch voll zu haben, deshalb sperrten sie die Mitglieder schon Ende Februar aus, obgleich einige Unternehmer noch bis 15. April Vertrag hatten. Aber die Herren haben sich verrechnet. Birta 20 Stück Arbeitskräfte sind ihnen während der ganzen Zeit in die Hände gefallen, von welchen jetzt auch schon wieder die Hälfte Romisch verlassen hat. Der Rest wird es sich auch noch überlegen, ob es nicht besser und erträglicher ist, sich anderweitig Arbeit zu suchen. Somit stehen die Herren, die selbst vor einem Vertragsbruch nicht zurückschrecken, als die betrübten Rohgeber da. Nun wollen sie sich Italiener holen, aber bis jetzt sind ihnen die „Eidfräule“ wohl noch etwas süß gewesen, sonst hätten sie wohl schon solche gehabt. Aber nach Ostern sollen sie kommen, dann wollen die Unternehmer etwas tiefer in den Geldbeutel greifen. Wie verläuft, sollen Streikbrecher aus der Nürnberger Umgebung kommen. Wir wünschen ihnen hiervon eine gute Sorte, damit ihr Geldbeutel, an dem sie am empfindlichsten sind, etwas dünner wird. Vielleicht kommen sie dann am leichtesten wieder zu sich selbst.

Die Herrmann und Genossen wollen die Kollegen nicht nur in Romisch, sondern in ganz Westpreußen und Umgebung an der Arbeit hindern; sie sollen verhungern, so wollen es die Herren. Aber der „liebe Gott“ und der Zentralverband der Maurer werden schon dafür sorgen, daß die Wäme der Romischer Unternehmer nicht in den Himmel wachjen, sondern daß sie nur verkrüppelte Gewächse bleiben.

In Elstift ist die Sperre erledigt. Sie ging verloren, weil es dem Unternehmer gelang, außer einer „driftlichen“ Schutztruppe auch noch 40 Italiener, unter der Führung des bekannten Geiger, heranzuziehen. G. hat wie ein Mäuerhauptmann, mit Dolch und Revolver, angezogen. Er hat auch in Königsberg die Streikbrecher angeführt. In Neuhof, einem Kirchdorf bei Marienwerder, sind die Maurer ausgesperrt, weil sie sich dem Verbands angegeschlossen haben.

Aus Posen wird geschrieben: „Bei der Montag dem polnischen Berufsverband beitrifft, kann weiterarbeiten“, so lautete am 31. März bei der Aussperrung das Signal der Arbeitgeber. Ihre Freunde in Königsberg und Bromberg hatten ihnen die Conderbinderei zur Vernichtung der Organisationen warum empfohlen; sie werden es aber jetzt bereits gewahrt, was anderorts möglich ist, ist nicht überall durchführbar. Viele vom polnischen Mäuerstreikverband sind ehrenhafteren Charakters als die Arbeitgeber, und haben sich den Ausgesperrten angeschlossen. Nun sitzen die „Herren im Hause“ und sinnieren, von wo sie für die 800 Mann Ersatz hernehmen. Am 3. April haben sich beide Parteien im Saale des alten Rathauses unter Vorsitz des Gewerbegerichtspräsidenten gegenüber. Die Arbeitgeber lehnten aber das Anerbieten des Gewerbegerichtspräsidenten, vor dem Gewerbegericht die Sache auszutragen, brüht ab, so daß vorläufig noch an keinen Frieden zu denken ist. Außer der sogenannten polnischen Berufsorganisation stehen alle Organisationen fest zusammen.

Aus Strichberg-Gunnersdorf wird berichtet, daß der Unternehmerverband mit der Aussperrung droht, weil die Zimmerer streiten.

Gau Dresden. In Großenhain ist der Streik vorläufig beendet. Die Forderung ist zum Teil bewilligt. Bei den Unternehmern, die nicht gesperrt waren, soll abgewartet werden, welchen Lohn sie jetzt zahlen. Die gebührende Arbeitszeit ist wohl überall sicher, auch werden wohl meistens 30 bis 32 1/2 pro Stunde gezahlt werden.

Die Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter in Schandau sind in den Streik eingetreten. Daraufhin hat der „Bauarbeiterverband“ im Regit der Amtshauptmannschaft Pirna beschlossen, durch eine allgemeine Aus-

störung ihren Schandauer Mitgliedern zu Hilfe zu kommen. Davon würden betroffen werden: Birna, Gebnig, Königstein, Ruffstadt und Stolpen.

In Meisa beschloß die am 3. April eine gemeinschaftliche Versammlung der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter mit dem Angebot der Unternehmer, das wie folgt lautet: Dieses Jahr 88.3 (der alte Lohn), vom 1. April 1907 bis 30. März 1908 88.3, oder vom 1. Juli 88.3 bis 30. März 1907 87.3, vom 1. April 1907 bis 30. März 1908 88.3 und vom 1. April 1908 bis 30. März 1909 89.3. Unsere Kollegen fordern 40.3. Nach einer regen Debatte wurden in geheimer Abstimmung, woran sich 180 Personen beteiligten, beide Angebote mit 126 Stimmen abgelehnt. Es wurde beschlossen, dieses Jahr ohne Vertrag zu arbeiten. Darauf will sich aber der Unternehmerverband nicht einlassen. Sonnabend, den 7. April, sind sämtliche organisierte Kollegen, soweit sie bei den Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes in Arbeit standen, wegen Zugehörigkeit zum Verbande entlassen, also gemahnt worden. Nach vorläufiger Feststellung sind 113 Mann, Angehörige aller Branchen, von der Maßregelung betroffen. Wahrscheinlich kommt es zur allgemeinen Aussperrung.

Zur Lohnbewegung in Stittau wird uns geschrieben: Seit unserer letzten Versammlung haben bisher zwei Verhandlungen stattgefunden, eine schriftliche und eine mündliche. Die Versammlung beschloß bekanntlich, daß der Lohn für 1908 88.3, für 1907 40.3 pro Stunde betragen soll. Die Leistungslaufzeit wurde abgelehnt; desgleichen die Arbeitszeit. Auch für Überstunden wurde die ursprüngliche Forderung aufrecht erhalten.

Ferner wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der der Lohnkommission ein Vertrauensvotum ausgestellt und ihr bisheriges Vorgehen als tatächlich richtig bezeichnet wurde. Der Lohnkommission wurde anheimgegeben, auf Grund dieser Beschlüsse weiter zu verhandeln. Kommt eine Einigung zu Stande, so soll eine weitere Versammlung zur endgültigen Beschlußfassung einberufen werden.

Diese Beschlüsse wurden dem Arbeitgeberverband zugestellt. Gleichzeitig machte die Lohnkommission weitere Vorschläge. Es wurden gefordert für 1908 88.3, für 1907 38.3 pro Stunde, für Junggefelln, soweit sie bei ihrem Lehrmeister beschäftigt sind, 8.3 weniger. Der Restus, betreffend die Arbeitszeit, wird angenommen. Bei letzterem Punkte war die Lohnkommission der Ansicht, daß wir trotzdem unseren Beschluß, nicht in Stittau zu arbeiten, hochhalten werden, da der Inhalt dieses Paragraphen nicht im mindesten gefährlich ist. Die Leistungslaufzeit wurde abgelehnt. Bei Lohnzuschlägen wurde das Anbieten der Unternehmer insofern angenommen, als für Feuerarbeit 15.3 mehr gefordert wurden. Den Unternehmern wurde mitgeteilt, daß dies die äußersten Vorschläge unsererseits seien.

Die Unternehmer sandten uns hierauf den ursprünglichen Arbeitsvertrag in abgeänderter Form zu.

Danach soll der Lohn bis 1908 85.3 betragen. Junggefelln bis zum 20. Lebensjahre sollen immer 5.3 weniger erhalten. In der Leistungslaufzeit wurden statt 1000 Stück Ziegel täglich 750 Stück festgesetzt. Im Ruhen wird daselbe Quantum gefordert. Bei Lohnzuschlägen zeigten die Unternehmer nur insofern Entgegenkommen, als eine Gewerbe, gewisse Überstunden und Nacharbeit festgesetzt wird. Sonst wird weiter kein Entgegenkommen gezeigt.

Mittwoch, den 4. April, wurde die Lohnkommission zu einer mündlichen Aussprache eingeladen. In dieser wurde der Lohnkommission eröffnet, daß laut Beschluß der Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes folgendes vereinbart sei: Der Lohn soll in diesem Jahre ab 1. Mai 85.3 betragen und 1907 86.3. Die Leistungslaufzeit bleibt in bisheriger Form bestehen. Für Feuerarbeiten werden 15.3 mehr bewilligt. In dieser Forderung ist lebhaft zu. Es wurde auf 20.3 und 20.3 u. hingewiesen, wo der Lohn bloß 82.3 beträgt. Die Leistungsfähigkeit der Stittauer Maurer sei ungenügend, vornehmlich die der jüngeren Gefellen. Mit diesen „Einsparungen“ müßte sich der Arbeitgeber viel herumschlagen. Die Leistungslaufzeit solle vorläufig für nur zwei Jahre aufgenommen werden.

In unserer letzten Versammlung seien vornehmlich „Mabaubrüder“ und „Spitzbrüder“ gewesen. „In Hamburg saßen lauter „Schäfer“ und „Schneider“, nur keine Maurer.“ Gemeint ist damit unser Hauptvorstand. Arbeit wäre nicht vorhanden. Geplagene zwei Stunden ging es in diesem Tone fort, aber die Angst um ihren Profit war den Unternehmern anzusehen. Sie gaben auch schließlich zu, daß sich eine Masse Arbeit angehäuft habe. Sie könnten aber nichts unternehmen, da sie nicht sicher seien, daß sie dann überumpelt würden. Den Unternehmern wurde unsererseits stillte erklärt, daß weitere Verhandlungen nutzlos seien, wenn die Leistungslaufzeit nicht wegfällt. Hierauf riefen etliche Unternehmer wildend: „Na, dann los, immer auf uns kann es recht sein, denn wir sind eine Macht!“ Es wird wenigstens nicht so viel in Spekulation gebaut. Hier wären die Schreier beinahe eilig hineingefallen, denn die anwesenden Bauunternehmer mochte eine leise Ahnung beschleichen, daß die Innungsmeister nichts anderes bezweckten, als ihre Konkurrenten, die Unternehmer, aus dem Felde zu schlagen. Die Unternehmer verlangten von der Lohnkommission, daß sie eine Versammlung einberufe. Wir erklärten dies für unangemessen, da keine Angelegenheiten ihrerseits gemacht seien. Die Sitzung war also resultatlos verlaufen. Eine Versammlung wird erst dann einberufen werden, wenn der Zeitpunkt gekommen ist, unsere Forderungen auf andere Weise zu erreichen. Die ledigen Kollegen werden ersucht, wenn irgend möglich, zu verduften. Den in der Textilbranche beschäftigten Kollegen ist anzuraten, nicht zu kündigen.

Zur Lohnbewegung der Maurer in Landsberg-Halle wird berichtet: Am 20. Januar 1906 hatten die Kollegen den Unternehmern einige Wünsche auf Veränderung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ausgestellt, und zwar: Der Lohn sollte von 80 auf 87.3 erhöht werden, bei Handarbeit in der Entfernung von über 5 Kilometer ist ein Zuschlag von 8.3 pro Stunde mehr zu zahlen. Nachdem die fünf Unternehmer über zwei Monate Zeit gehabt hatten, um sich mit den Kollegen zu einigen, hielten sie es nicht einmal für notwendig, zu antworten. Die Kollegen beschloßen am 25. März,

am folgenden Tage die Kündigung einzureichen, die am 7. April abließ. 27 Kollegen stellten die Arbeit ein, nur 2 Kollegen blieben stehen. Durch die einseitige Arbeitsniederlegung bewilligten sofort 8 Unternehmer, so daß nur noch bei 2 Unternehmern gestreikt wird. Im Auslande befinden sich demnach noch 14 Kollegen, die voraussichtlich im Laufe der nächsten Tage anderweitig in Arbeit treten, wenn die beiden Unternehmer nicht bewilligen. Daß die Arbeitgeber bringen Leute gebrauchen, beweist, daß sie zu unseren Kollegen stehen, die noch im Streikbruch arbeiten, aber diese erklären, erst sollen sie den Lohn bewilligen, dann ergreifen sie auch Mauer.

Zur Lohnbewegung in Sönnstedt scheint es noch zu ernstlichen Differenzen zu kommen, da der Unternehmer sich weigert, jedem Kollegen den vereinbarten Lohn von 86.3 zu zahlen und am 7. April nur einem Teil der Kollegen 84.3 gezahlt hat, den Junggefelln sogar nur 20.3 pro Stunde.

In einer Versammlung in Ammerndorf beschloßen die Maurer von Ammerndorf, Rabewitz, Odenburg, Weßen und Umgebung, in eine Lohnbewegung einzutreten. Die Aufnahme der Lohnkassette ergab folgendes Resultat: Der Unternehmer Möbius zahlte einen Stundenlohn von 40 bis 48.3, Friedrich 40 bis 42.3, Große 45, Klebe 45, Ohme 44, Döge 45 und 50, Ackermann 45, Schmitz 45, Graubner aus Golcher 84 bis 87 und Weidert aus Halle 40 bis 45.3. Junggefelln werden teilweise noch unter dem niedrigsten Lohne bezahlt. Auf den elektrischen Werken sind 7 bis 8 Maurer beschäftigt, die erhalten 85.3 pro Stunde, trotz der ungenügenden Arbeit in diesen Werken. Beschäftigt sind 12 Kollegen, 169 Gefellen, 28 Schreiner. Davon organisiert sind 9 Kollegen und 127 Gefellen. Die Versammlung beschloß einstimmig auf Grund der hohen und fortwährend steigenden Lebensmittelpreise und sonstigen Ausgaben an Staat und Kommune, den Unternehmern eine Lohnforderung von 48.3 pro Stunde einzureichen; ferner wird gefordert, daß die Eimer und Spaten die Unternehmer zu liefern haben. Der Mischungsbaustoff nach den Unfallversicherungsbestimmungen herzustellen. Für gute, geräumige Wohnbauten und Aborte ist gleichfalls Sorge zu tragen. Es wird gewünscht, bis zum 15. April der Verhandlungstermin Antwort gegeben zu lassen. Eine Versammlung nach dem 15. April wird das weitere beschließen.

In Fienburg nahm am 5. April eine von 200 Mitgliedern besetzte Versammlung Stellung zur Lohnbewegung. Schon im vorigen Sommer stellten die Kollegen die Forderung auf: 24 Stunden, 68.3 Lohn. Nach mehreren Sitzungen kam zwischen den beiderseitigen Kommissionen folgender Vergleich zu Stande: Vom 1. April d. J. bis dahin 1907 unter Belassung der zehnständigen Arbeitszeit 55.3, dann 9.3 Stunden und auf ein Jahr 55.3, und vom 1. April 1908 an 58.3 Stundenlohn. Diese Vereinbarung hat die Innung jedoch abgelehnt, und der Lohn in diesem Jahre nur auf 52.3 und vom 1. April 1907 an auf 55.3 erhöht. Die Versammlung unserer Kollegen lehnte das Angebot der Innung ab; der Gesellenausgleich wurde beantragt, den Versuch zu machen, die Vereinbarung der Kommissionen zur Durchführung zu bringen.

Gau Magdeburg. In Löbe besichtigten die Kollegen, den 35.3 Stundenlohn durchzuführen. Die Zimmerer, die wieder einmal die Zeit nicht abwarten konnten, forderten auch 85.3, um sich dann mit 1.3 Zulage abzuspeisen zu lassen. Nun wollen die Unternehmer den Maurern natürlich den Lohnsatz auch nur von 80 auf 81.3 erhöhen. Wenn die Herren nicht davon abgehen, muß es unbedingt zum Kampfe kommen.

Die Cöpenstedter Unternehmer haben den gemeinlichkeits beratenden Rat nicht unterfrieben. Dafür haben sie aber den Kollegen, die über Land arbeiten, mitgeteilt, daß am Sonnabend, den 7. April, 36.3 gelohnt werden soll. Damit wäre dann die Forderung, Mißgeschick bewilligt. Sollten die Herren gesunkert haben, ist der Kampf unvermeidlich.

In Egeln soll nun auch an die Durchführung der Forderung gegangen werden. Die Kollegen müssen sich aber, soll mit Erfolg gekämpft werden, noch mehr auf sich selbst verlassen. Nur tut es, da die Unternehmer in rigoröser Weise vorgehen; besonders in der Umgebung ist das der Fall. Die Herren stellen Verbandskollegen nicht ein, zahlen aber den Nichtorganisierten bessere Löhne und unterbinden dadurch die Agitationsarbeit bei der Rückständigkeit unserer Kollegen vollständig.

In Oßersleben sind die Verhandlungen gescheitert. Die Unternehmer bestanden auf einem zweijährigen Vertrag bei 2.3 Lohnherhöhung. Dies Angebot lehnten die Kollegen ab und beschloßen, vorläufig ohne Vertrag weiterzuarbeiten.

Die Quedlinburger Unternehmer haben der Zweigvereinstellung mitgeteilt, daß sie zu Verhandlungen bereit sind, wenn die zu wählende Kommission zum Abschluß eines Vertrages autorisiert wird. Ferner sollen die Kommissionenmitglieder nur bei Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes in Arbeit stehen. Die Kollegen haben dieser Herrenmoral zunächst einmal Rechnung getragen, um bei den Verhandlungen zu sehen, wie weit die Annahme der Herren gehen soll.

Die Arbeitslosigkeit in Magdeburg, die infolge des Ausfalls der eingetretten ist, nimmt immer noch größere Dimensionen an. Rund 400 Kollegen sind schon in Mitleidenschaft gezogen. Da die Transportarbeiter und auch die Fuhrherren anscheinend noch nicht an ein Nachgeben denken, wird das ganze Wirtschaftsleben vollständig unterbrochen werden.

Gau Braunschweig. Die Seesener Lohnbewegung ist dadurch erledigt, daß die Unternehmer, als ihnen die Forderung unserer Kollegen ausgelegt wurde, den Lohn für dieses Jahr von 80 auf 82.3 und vom 1. April 1907 an auf 83.3 pro Stunde erhöhten. Eine Zweigvereinstellung, die sich mit diesem Angebot beschloß, stimmte der ziemlich lauen Konjunktur wegen diesen Abkommen mit der Maßgabe zu, daß Junggefelln nicht unter 25.3 Stundenlohn erhalten dürfen und daß im dritten Geschäftsjahr der volle Lohn gezahlt werden muß.

In Langelsheim bestand bisher der 20.3 Stundenlohn. Nur einige kleinere Unternehmer zahlten einige Pfennige mehr. Der Lohn wurde nur alle 14 Tage ausbezahlt. Die dortigen Kollegen unterbreiteten Mitte März den Unternehmern eine Forderung auf 28.3 Stundenlohn, außerdem achtstündige Arbeitszeit. Die Unternehmer erklärten sich zum Unterhandeln bereit. In der Verhandlung, die am

31. März stattfand, nahmen außer allen in Frage kommenden den Unternehmern die Lohnkommission unserer dortigen Zweigvereinstellung und ein Vertreter des Gausverbandes teil. Es wurde festgestellt, daß für jetzt 84.3 und vom 15. Juni an 85.3 Lohn zu zahlen sind. Die achtstündige Arbeitszeit wurde ebenfalls bewilligt. Die Zweigvereinstellung stimmte diesem Vertrage einstimmig zu.

In Gr. Zellheim sind am 20. März die dortigen Kollegen ihren drei in Betradt kommenden Arbeitgebern einen Rohntarif ein, mit der Bitte um Antwort bis zum 20. März. Es erfolgte keine Antwort. Als einige Kollegen eine Anfrage bei ihrem Arbeitgeber richteten, entließ dieser 19 Kollegen, die an dem Neubau der Siedler Mühle beschäftigt waren, und bewies ihnen sofort die Mühle. Neun Kollegen, die auf dem Kalkwerke in Gr. Zellheim bei demselben Arbeitgeber beschäftigt waren, erklärten sich mit der Entlassenen solidarisch. Ein Teil der Kollegen ist bereits anderweitig in Arbeit. Wenn der Unternehmer sich nicht halb bekennt, werden auch die übrigen Kollegen anderwärts in Arbeit treten. Ein Unternehmer hat den Tarif anerkannt. Die Kollegen allerorts werden gebeten, Gr. Zellheim und Umgebung vorläufig zu meiden.

Gau Erfurt. In Arnstadt stehen die Kollegen in der Bewegung zur Erringung eines Stundenlohnes von 40.3 (für Junggefelln 35.3). Der Unternehmer Herr Klei hat inzwischen bewilligt. Ueber die Bauten des Unternehmers Arnolds wurde die Sperre verhängt.

In Aha sind die Kollegen von den Meistern ausgesperrt. Grund ist, daß sich die Kollegen keine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen gefallen lassen wollen. Im Vorjahr hatten die Kollegen 35.3 Stundenlohn und zehnstündige Arbeitszeit gefordert. Durch Verhandlung wurde vereinbart, daß 33.3 pro Stunde bis 1. April 1908 und von da bis 1. April 1907 35.3 pro Stunde gezahlt werden sollen. Vor wenigen Wochen hat sich nun in Aha ein „Arbeiterverband“ gegründet, und seine erste Tat war, zu erklären, daß er diese Umwandlung nicht anerkenne. Nachdem den Meistern erklärt worden war, daß sich die Kollegen dieses nicht gefallen ließen, fand eine Sitzung unter Hinzuziehung der Gausvorstände statt. Nun legten die Unternehmer einen fertigen Tarif zur Unterschrift vor, worin ein Höchstlohn von 35.3 pro Stunde und für Junggefelln gar nur 25.3 pro Stunde angeboten wurde. Also aus dem Minimallohn sollte ein Höchstlohn bestehen. Die Antwort war unersetzlich, daß der vorläufige Vertrag auch jetzt noch Geltung haben sollte, der Bund möge dies für richtig anerkennen. Statt dessen verbanden die Herren am Montag durch Plaueranlass, daß nur der weiter an besten könne, der den Tarif des Bundes durch Unterschrift anerkenne. Da dies niemand von den organisierten Kollegen wollte, so mußten sie die Arbeitsstätten verlassen. Nur bei einem Unternehmer wird weiter gearbeitet, indem derselbe schon seit Anfang des Jahres 35.3 Stundenlohn gezahlt hat. Sicher ist, daß es sich wohl weniger um den Lohn von 35.3 handelt, als daß der neue Bund gleich zeigen will, was er kann. Die Kollegen hoffen, den Kampf zu gewinnen. Es sind 98 Kollegen beteiligt.

Der Unternehmer Feustel in Erlebes (Neuß) hat die bei ihm beschäftigten Maurer ausgesperrt. Unsere Kollegen fordern 85.3, der Unternehmer will jedoch nur 80 bis 84.3 pro Stunde zahlen. Ueber die Arbeitszeit bestehen keine Differenzen.

Gau Nürnberg. Schon seit längerer Zeit war die Verlethung an den „Grundstein“ aus den Orten mit Lohnbewegungen und Streiks recht mangelhaft. Um diesen Mangel zu beseitigen, wird der Gausverband nach den Wünschen der „Grundstein“-Medaktion die Frage Verlethung in die Hand nehmen, was die Zweigvereinstellungen beachten wollen.

In Amberg haben die Maurer und auch ein Teil der Hilfsarbeiter am 5. d. M. früh einstimmig die Arbeit eingestellt, da von den sehr christlichen Unternehmern nicht nur bloß die geforderte Lohnherhöhung, sondern auch jede Unterordnung bräut abgelehnt wurde, was wohl zu der einseitigen Arbeitseinstellung viel beigetragen haben dürfte. Der Lohnkampf wird von uns und den Christlichen gemeinsam geführt.

In Kauf hat der Unternehmer Windisch bläse die im vorigen Jahre getroffenen Vereinbarungen sehr mangelhaft eingehalten. Zur Zeit hat er ziemlich viel Arbeit und es soll mit ihm in den nächsten Tagen ein ernstes Wort gesprochen werden, falls er sich inzwischen nicht berufen lassen sollte, den vereinbarten Lohn zu zahlen und die Arbeitszeit einzustellen.

In Nürnberg besteht schon seit mehreren Wochen über den Bau der Herren Schaller & Jaubier die Sperre, ohne daß die zu Unrecht entlassenen Kollegen bloß eingekerkert wurden. Es wurde dies dadurch erreicht, daß sich einige verfrachte Gefellen fanden, die den beiden Unternehmern aus ihrer schuldigen Lage halfen. Aber auch für unsere Mitglieder muß diese Sperre eine Plage sein.

In Schweinfurt ging vor zwei Jahren der Streik verloren. Nun wagten sich die Kollegen in diesem Jahre doch wieder hervor, um eine Erhöhung ihrer Löhne zu fordern. Diesmal zeigten die Unternehmer ein ganz anderes Gesicht als vor zwei Jahren. Bereitwillig ließen sie sich diesmal auf Unterhandlung ein. Ja, sie wollten sogar gleich einen Vertrag auf fünf Jahre schließen. Als wir darauf nicht eingingen, begnügten sich die Herren auch mit der zweijährigen Vertragsdauer. Zur Zeit läßt sich ein Resultat noch nicht feststellen, da die Verhandlungen noch nicht ganz zu Ende sind; wohl aber dürfte die bisherige Arbeitsordnung eine wesentliche Verbesserung erfahren.

In Würzburg haben unsere Kollegen am 5. d. M. eine Lohnforderung beschlossen, die wohl beim Erscheinen dieses Blattes die Unternehmer in Händen haben werden. Es soll neben anderem ein Lohn von 48.3 pro Stunde verlangt werden. In Lindenberg dauert der Streik schon in die dritte Woche, ohne daß eine Besserung eingetreten wäre. Die bismarckischen Kollegen sind alle gleich bei der Arbeitsentlassung abgerufen und die anderen sind zum größten Teile in Nürnberg oder Gieße untergebracht, so daß nur noch ein Duzend Streikende vorhanden sind, die zum Fortstreichen nötig sind. Die Unternehmer machen zwar in der ganzen Umgebung die größten Anstrengungen, Maurer zu bekommen, aber vergebens vor der Gieße Mä. Auch ein Weibverlethler (?) und Ausschäftsteller war für die Unternehmer auf der Suche nach Maurern; er wurde aber unrichtiger Sache seine Heimat wieder aufsuchen. Die Bauherren drängen zwar auf die Unternehmer ein, ihre Bauten fertigzustellen, aber ohne Maurer geht es eben nicht. Bei einem

Unternehmer soll besonders die Tochter Schulb daran haben, daß die Forderung der Maurer abgelehnt wurde. Auch die Zimmerer haben in der letzten Woche die Arbeit niedergelegt. Außerdem tragen sich die Kollegen in noch zehn Orten mit dem Gedanken einer Lohnforderung. Auch gehen die Vereinbarungen in Nürnberg, Götting und Barmen mit dem 1. Juli, d. Z. zu Ende, so daß es noch recht lebhaft werden kann.

Am Mühlbach. In Barmen kam es am 28. März zu Differenzen mit der Firma Geisberger, worauf anderen Tags die Kollegen die Arbeit niedergelegten. Nach dreitägiger Sperrung kam es zu Unterhandlungen, die fruchtlos blieben. Die Geisberger Kollegen haben dabei bewiesen, daß sie zu würdigen wissen, was Solidarität heißt. So trägt die ausgebreitete Saat auch in Barmen bereits schöne Früchte. In den Kollegen wird es nun liegen, auch die wenigen noch indifferenten Maurer zu gewinnen und ihre Augenmerks auf die Umgebung Barmen zu richten, dann wird auch die bevorstehende Lohnbewegung zum Ziele führen.

In Traunstein haben unsere Kollegen einen sehr schönen Erfolg zu verzeichnen. Bisher lag es dort noch sehr im Argen. Bei der letzten staatlichen Aufnahme wurde ein Durchschnittslohn von 80 $\frac{1}{2}$ festgelegt, wobei einer Anzahl Maurer 28, sogar 26 $\frac{1}{2}$ pro Stunde ausbezahlt wurden. Unsere Kollegen sind nun gut organisiert, und so wurden, ebenso auch von den Zimmerern, Forderungen an die Unternehmer eingereicht. Nach längerer Unterhandlung wurde am 8. April ein Tarif unterzeichnet, der für unsere Kollegen ganz bedeutende Vorteile mit sich bringt. Der Stundenlohn beträgt nunmehr für Maurer 35 $\frac{1}{2}$ für Zimmerer 34 $\frac{1}{2}$. Für auswärtige Arbeiter wird ein Zuschlag von 50 $\frac{1}{2}$ resp. 40 $\frac{1}{2}$ pro Tag bezahlt. Beim Meißeln (Schleimen) ist ein Zuschlag von 20 $\frac{1}{2}$ pro Tag für Nacht- und Sonntagsarbeit ein solcher von 10 $\frac{1}{2}$ pro Stunde zu bezahlen. Ueberstunden sind nur ausnahmsweise in ganz dringenden Fällen zulässig. Die Traunkollegen haben mit dem Erfolge ihre junge Organisation wohl zu führen, und sie werden auch durch eifrigen Ausbau des Zweigvereins der Durchsührung des Bestandes den richtigen Nachdruck geben.

In Weichenhall legten am 6. April sämtliche Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter die Arbeit nieder. Die Kollegen waren durch den Vorstoß der Unternehmer zu diesem Schritte gezwungen. Einmütig wurde die Arbeit eingestellt. Das Verhalten der Kollegen ist als musterhaft zu bezeichnen; eine größere Anzahl ist bereits abgereist. Die Hauptforderung ist ein Stundenlohn für Maurer von 45, für Zimmerer 40 und für Bauhilfsarbeiter von 35 $\frac{1}{2}$. Die Unternehmer sind während über das entschiedene Vorgehen der Arbeiterschaft. In zwei Flugblättern wurde für Montag, den 9. April, die Aussperrung aller im Bauhof beschäftigten Arbeiter angekündigt, wenn bis dahin die Ausbändiger nicht an die „Geschichte“ der Herren „Arbeitgeber“ zurücktreten. Dieses Ansinnen wurde selbstverständlich von den Streikenden einmütig zurückgewiesen. Die Situation ist sehr günstig. Die Arbeiter müssen vor Beginn der Fremden-Saison beendet sein; für die Herren Bauherren wird kein Ausweg übrig bleiben, als unsere Forderungen zu bewilligen. Die Arbeiter haben den Kampf so lange als möglich verdröhnt, und wenn es heute so weit gekommen ist, so mag sich die Einwohnerschaft Weichenhalls sowie das bürgerliche Unternehmertum bei dem Vorstehen des Arbeitgeberverbandes, Herrn Baumeister Strammier, bedanken. Zugang nach Weichenhall ist streng ferngehalten.

Die Bausperrung bei Hartmann in Bamberg hat eine Aenderung noch nicht ergeben. Von den streikenden Maurern, Steinbauern und Zimmerern wurde keiner zum Vertreter seiner Kollegen, nur ein paar Randleute des Herrn Hartmann leisteten nur ein paar Stunden. Es hat sich aber auch schon gezeigt, was Weichenhall diese Sorte von Maurern findet. Von der hergeleiteten Arbeit ist bereits ein Pfeiler und ein Bogen eingestürzt. Erfolgreich ist es auch mit anzusehen, wie die Streikbrecher (Maurer) den Daßfuß aufstellen. Zwei von diesen Eulen halten mit beiden Händen den Daßfuß und der dritte bringt demselben mit der Gade die nötige Natur bei, so daß manche von unten wie Streichhölzer aussehen. Wenn die Streikenden auch ferner so fest wie bisher zusammenstehen, so wird sich Herr Hartmann noch nach eines Besseren belehren lassen müssen. Von den Streikenden sind vier abgereist, so daß sich zur Zeit noch acht Kollegen im Streik befinden.

Aus Alzenau (Wohren) wird berichtet, daß der Streik noch immer anhält und daß die Kollegen ausfahren wollen, bis der Widerstand der Unternehmer gebrochen ist.

In Mainz-Ginsheim wurde zwischen den Bauunternehmern und Maurermeistern und dem Zweigverein Mainz ein Lohnvertrag abgeschlossen, der gegen früher manchen Fortschritt bringt. Die Arbeitszeit beträgt zehn Stunden, im Winter soll sie nicht unter acht Stunden betragen. Ueberstunden sind nur in dringenden Fällen zulässig und sind mit 20 $\frac{1}{2}$ Lohnzuschlag pro Stunde, Feuerungs-, Kanal- und Wasserarbeiten mit 55 $\frac{1}{2}$ pro Stunde zu bezahlen. Affordarbeit und der sogenannte Tagelohnford darf nicht stattfinden. An den Vorabend von Ostern, Pfingsten und Weinachten ist um 6 Uhr Feierabend, ohne Helfer und Lohnabzug. Der ordentliche Stundenlohn beträgt: vom 1. April 1906 bis Ende März 1907 48 $\frac{1}{2}$, vom 1. April 1907 bis Ende März 1908 50 $\frac{1}{2}$. Für Junggefallen kann im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit ein geringerer Lohn vereinbart werden. Die Lohnzahlung erfolgt wöchentlich vor Feierabend auf der Arbeitsstelle. Kündigung ist ausgeschlossen. Der bisherige Lohn betrug 45 $\frac{1}{2}$ pro Stunde.

Am Gln. In Altheimer steht der Streik nach wie vor günstig. Eine Anzahl Streikender sind bereits abgereist, weitere werden nächste Woche folgen. Auf Veranlassung des Zentrumsverbandes hat der Bürgermeister seine Vermittlung angeboten. Die Arbeitgeber sind ebenfalls bereit, Verhandlungen zu pflegen. Unsere Kollegen haben sich ebenfalls bereit erklärt, an einer Aussprache teilzunehmen. Jedenfalls wäre es besser gewesen, die Zentrumskreise hätten nicht so sehr auf Verhandlungen gedrungen. In Mingertshausen steht man dem Kampf der Bauarbeiter mit gemischtem Gefühle an. Die großen Weingüterbesitzer stehen unserer Bewegung direkt feindlich gegenüber, weil sie befürchten, daß auch sie für ihre Weinbergbesitzer zahlen müssen, wenn die Bauarbeiter ihre Forderung durchsetzen. Die Bautätigkeit ruht seit Ausbruch des Streiks

vollständig. Am Streik sind insgesamt beteiligt 114 Maurer und circa 80 Hilfsarbeiter.

Die Bewegung in Aachen ist auf dem toten Punkt angelangt. Die christlichen Führer scheinen ihre Willen nicht zu bekommen. Sie hatten es sich schon ausgedacht, die Bauarbeiter mit schönen Worten, aber schlechten Taten an der Nase herumzuführen. Eine zehnprozentige Lohnerhöhung, die die Unternehmer zu nichts verpflichtet, sollte als Kader dienen. Der gesunde Instinkt der Arbeiter hat dieses Jongleurstück jedoch richtig erkannt. In den Zentrumsverhandlungen ist es deshalb schon zu stürmischen Szenen gekommen. Zuletzt haben die Führer vorgeschlagen, von den Unternehmern für „geringe“ Maurer 40 $\frac{1}{2}$, für „Durchschnittsmaurer“ 42 $\frac{1}{2}$ und für „tüchtige“ Maurer 45 $\frac{1}{2}$ zu fordern. Ob die Arbeitgeber darauf eingehen, bleibt abzuwarten. Jedenfalls zeigt sich in Aachen so recht die Niedertracht der Schwärzen. Während sie überall organisierten Streikbruch begehen, wenn sie nicht anerkannt werden, ja selbst dann, wenn man nicht auf alle ihre oftmals ganz hallohen und verwerflichen Forderungen eingeht, lehnen sie in Aachen jedes Zusammengehen mit den freien Gewerkschaften ab. Sie fühlen sich dort, im Gegensatz zu anderen Bezirken, stark, und da sie auch wissen, daß wir nicht so leicht wie sie sind, uns zum Streikbruch herzugeben, so tubdelnubdeln sie allein mit den Bauherren. Sie sagen, sie wollen „die Bewegung nicht in sozialdemokratischen Geruch kommen lassen“ und verzerren und verzerren die gesamte Arbeiterschaft. Jedenfalls werden es unsere Mitglieder an Aufklärung der bisher christlich organisierten Bauarbeiter nicht fehlen lassen und dadurch hoffentlich die Wachschlafen der schwarzen Führer verzerren.

In M. G. L. d. b. hatten es die christlichen Führer gleichfalls abgelehnt, mit uns gemeinsam Forderungen zu stellen; während unsere Mitglieder 52 $\frac{1}{2}$ forderten, verlangten die Schwarzen 50 $\frac{1}{2}$. Die Arbeitgeber haben es dann abgelehnt, mit uns zu verhandeln, und haben mit den Schwarzen Beratungen gepflogen. Aber die Herren wollen ja bekanntlich nichts zahlen. Sie boten nach Ladener Schema 10 pSt. Lohnerhöhung. Die christlichen Führer waren auch bereit, die Angebote anzunehmen, die Arbeitgeber hat das jedoch abgelehnt und den Führern gründlich die Wahrheit gesagt. Nunmehr haben sich die Herren an uns gewandt, um gemeinsam mit uns die Forderungen durchzuführen.

Auf den Arbeitsplätzen, wo die Schwarzen in der Mehrheit sind, üben sie den größten Terrorismus. Sobald ein Zentralverband sich bilden läßt, wird er solange bearbeitet, bis er sich auflösen läßt oder seine Entlassung nimmt. Und dies geschieht mit den gemeinsamen Mitteln. Galt wirklich einmal einer der Unfrigen, einige Tage den Drangsalen hand, dann kann er sicher sein, von den Brüdern in Christo beim Koller oder Meißer benutzert zu werden und seine Entlassung zu bekommen.

In Bieren, wo die Schwarzen nur eine Handvoll Mitglieder haben, fühlten sie sich beleidigt und drohten den Streikbruch an, wenn wir sie nicht mitnehmen würden, als wir in einer öffentlichen Versammlung Stellung zur Lohnfrage nahmen. Unsere Kollegen haben dann in einer Sitzung mit den Schwarzen über ein eventuelles gemeinsames Vorgehen beraten, aber die Herren wollten nur 50 $\frac{1}{2}$ für Maurer fordern, wir hingegen den in Götting tariflich festgesetzten Lohn von 58 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. Eine Einigung ist nicht erzielt worden, wir werden uns infolgedessen nunmehr allein helfen müssen.

Selbst im Muppertal (Wormen-Eberfeld), wo wir seit Jahren die Mehrheit der Maurer organisiert und Kämpfe geführt haben, als die Handvoll christlicher Maurer, die jetzt dort sind, noch Streikbrecher waren, hat diese Gesellschaft schon wieder Verrat geübt. Vor zwei Jahren haben die Schwarzen sich an uns herangedrängt, um ein gemeinsames Vorgehen anzubahnen. Wir haben seinerzeit ihrem Wunsch statt und stellten im Herbst 1904 gemeinsame Forderungen (neuneinhalbstündige Arbeitszeit, 55 $\frac{1}{2}$ Lohn). Abgemacht wurde, daß keine Partei ohne die andere etwas unternehmen dürfe. Unsere Kollegen haben das gewissenhaft gehalten. Nicht so die Schwarzen. Die Bewegung 1904 konnte nicht durchgeführt werden, weil die Konjunktur zu ungünstig wurde. Im vorigen Herbst fragten die Schwarzen bei uns an, ob wir nicht Forderungen stellen möchten. Angesichts der Laune, daß im dortigen Bezirk noch nicht die Hälfte der früher dort beschäftigten Kollegen Arbeit finden konnte, also eine riesige Geschäftskrise herrschte, antworteten unsere Kollegen, daß sie den Zeitpunkt nicht für geeignet hielten, um Forderungen zu stellen. Die Schwarzen wandten sich nunmehr, ohne uns weitere Nachricht von ihren Absichten zu geben, an die Arbeitgeber. Sie fordern nun nicht etwa, wie vor zwei Jahren, neuneinhalbstündige Arbeitszeit, sondern zehn Stunden, und seit 1899 in Eberfeld, seit 1902 in Wormen schon besteht, und 55 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn. Die Arbeitgeber haben auch mit den Schwarzen verhandelt, sich aber gesagt, die paar Mann können doch bei der großen Anzahl Bauarbeiter nicht in Frage kommen. Der Vorstehen der Innung hat sich dann an den Mitglieder (Freiorganisierter) gewandt und angefragt, ob wir Willige hätten, die Christlichen hätten mit ihnen verhandelt. In einer von uns beratenden Sitzung mit den Schwarzen suchten diese ihre alleinigen Vorgehen damit zu begründen, daß wir sie nicht genügend respektiert und in einer öffentlichen Versammlung einige unserer Kollegen ihnen Feindschaft geschworen hätten. Bezüglich der Forderung erklärte der Bezirksleiter Kange, angesichts der verzerzten Lebenshaltung der Arbeiter müßten die Kollegen den Lohn von 56 $\frac{1}{2}$ haben, und da ein höherer Stundenlohn nicht gefordert werden könne (!), so hätten sie wieder zehn Stunden gefordert. Alle Vorstellungen unternahm, daß man doch unmöglich das, was man seit zwei Jahren als notwendig anerkannt habe (9 $\frac{1}{2}$ Stunden) jetzt wieder lassen lassen dürfe, daß es gewissermaßen ein Rückschritt bedeute, wenn man von dieser Forderung wieder abgehe; unter Hinweis auf Gln., wo die 9 $\frac{1}{2}$ Stunden bereits bewilligt seien, auf Düsseldorf, wo wir im Begriff seien, dieser Forderung ebenfalls durch Lohnkampf Nachdruck zu verleihen, half alles nichts, die Schwarzen wollten nicht. Da ein weiteres Verhandeln zwecklos war, ist nunmehr vereinbart worden, wenigstens mit den Unternehmern gemeinsam aufzumarschieren. Ob die Schwarzen noch weiteren Verrat üben werden, muß angesichts des oben

Angeführten befürchtet werden, jedenfalls werden diese Vorkommnisse unsere Mitglieder zu rastloser Tätigkeit anspornen, damit die schwarze Schamlosigkeit nicht weiter bringt und schließlich noch Unheil anrichtet. Die Bautätigkeit ist glänzender als im Vorjahre.

In Düsseldorf schreibt die Bewegung gut voran. Der Vorstehen des Arbeitgeberverbandes, Mühlentamp, hat unseren Vertrauensmann zu rastloser Tätigkeit anspornen, damit die schwarze Schamlosigkeit nicht weiter bringt und schließlich noch Unheil anrichtet. Die Bautätigkeit ist glänzender als im Vorjahre.

In Köln ist die Bewegung in den letzten Tagen in ein neues Stadium getreten. Wie bereits berichtet, wollten die Arbeitgeber nur vom 1. Oktober an 57 $\frac{1}{2}$ und erst vom 1. Mai 1907 an 60 $\frac{1}{2}$ bei 9 $\frac{1}{2}$ Stunden bewilligen. Im übrigen stellten sie uns das Ultimatum, die Hauptforderung der Ruhe, Abschaffung der Affordarbeit, 5 $\frac{1}{2}$ Zuschlag für Reparaturarbeiten, fallen zu lassen, widrigenfalls sei die Verhandlung als gescheitert zu betrachten. Wir haben das ganze Angebot, besonders das Ultimatum, zurückgewiesen und in einer großen, imposanten Massenversammlung, wie sie Köln noch nicht gesehen hatte, beschlossen, mit ganzer Kraft für die Bewegung tätig zu sein. Dies Gelöbde hat auch schon Früchte gezeitigt, die Mitgliederzahl der beiden Verbände, Maurer und Hilfsarbeiter, wächst schnell an. Ein Bravo den wackeren Kollegen! Die Bautätigkeit ist sehr günstig und wird auch noch besser werden. Die Entfestigung Kölns, die vor einigen Wochen beschlossen wurde, übt hier einen guten Einfluss auf die Bautätigkeit aus.

In Wermelskirchen, wo am 1. April der Vertrag abließ, haben die Arbeitgeber Verhandlungen abgelehnt, sie wollen wieder ohne Vertrag arbeiten; offensichtlich bekommt ihnen das gut. Wenn nur unsere Kollegen auf dem Posten sind. So stehen uns zwar recht viele Kämpfe bevor, hoffentlich werden wir ebenso viele Siege erringen.

Die Sperrung über die Glashütte in Düsseldorf-Gerresheim ist aufgehoben. Herr Geys, gew. dessen Vertreter, haben sich bemüht, die Kollegen, die bei ihnen in Arbeit tretenden Kollegen einen Stundenlohn von 80 $\frac{1}{2}$ zu zahlen und die zehnminütige Arbeitszeit innezuhalten. Da dies den Lohn- und Arbeitsverhältnissen im Gerresheim entspricht, so wurde die Sperrung aufgehoben.

Die Sperrung über Zuhit in Venrath besteht weiter. Judia hat sich allerdings bereit erklärt, Verbandskollegen zu beschäftigen, jedoch will er den Vertrag noch nicht unterschreiben.

Am Sammer. In Nienburg haben die Kollegen Erhöhung des Stundenlohns von 40 $\frac{1}{2}$ auf 47 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ bei neuneinhalbstündiger Arbeitszeit (bisher zehn Stunden) gefordert. In einer Verhandlung, die am 19. Dezember vorigen Jahres stattfand, erklärten die Unternehmer, nicht mehr als 40 $\frac{1}{2}$ zahlen zu können, trotzdem einem großen Teil der Maurer im vorigen Jahre schon 42 $\frac{1}{2}$ gezahlt wurden. Dann haben die Unternehmer im März beschlossen, für 1906 und 1907 42 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ zu zahlen und 1908 und 1909 45 $\frac{1}{2}$. Dies Angebot ist von unseren Kollegen abgelehnt und eine den Unternehmern entgegenkommendere Forderung angenommen, nach der der Stundenlohn 1906 45 $\frac{1}{2}$ bei zehnminütiger Arbeitszeit und 1907 48 $\frac{1}{2}$ bei neuneinhalbstündiger Arbeitszeit betragen soll. Inzwischen hat aber der „Norddeutsche“ Wind bekommen und seinen durch die Hannoverische Katholikeneinigungs-Gesellschaft herbeigeführten Nagel auf Nienburg gelandt. Dieser durch seine großen Kräfte sich hervorzuheben auszuzeichnen Herr hat dann die Nienburger Unternehmer, gründlich zurecht getrimmelt, und zwar so, daß die Aussperrung beschlossen haben, die am 9. April beginnen soll. Da die Zimmerer zum Teil schon im Streik stehen, ist mit der Aussperrung zu rechnen.

Auch in Okerode am Garg haben die Kollegen durch Einreden einer Forderung bei den Unternehmern versucht, ihre jämmerliche Lage zu verbessern. Der Lohn beträgt dort jetzt 30 $\frac{1}{2}$ bei zehnminütiger Arbeitszeit. Schon 1903-4 ist dort ein Kampf 52 Tage lang geführt worden, um einen Stundenlohn von 33 $\frac{1}{2}$ zu erreichen, aber er ist resultatlos verlaufen. Auch jetzt haben die Unternehmer jede Forderung abgelehnt. Die Forderung lautet auf 35 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. Die Unternehmer begründen diesmal ihre Ablehnung damit, daß der Lohn in den benachbarten Dörfern, wo auch sie auf Arbeiten mit angeworben seien, noch geringer sei. Unfakt auch der Körperschaft, von der die Forderung eingereicht ist, Mitteilung zu machen, teilen die Innung und der lokale Arbeitgeberbund dies dem Gesellensausfluß mit. Sie haben es aber nicht einmal der Mühe wert gehalten, mit diesem eine Verhandlung stattfinden zu lassen. Die Zimmerer stehen bereits seit dem 2. April im Streik.

Unsere Kollegen werden am 9. April die Arbeit nicht wieder aufnehmen.

In Gartenbed, zum Zweigverein Hameln gehörend, haben die Unternehmer Thoms und Behrmann drei Kollegen gemargelt, weil diese die Dreistigkeit besäßen, im Auftrage ihrer Kollegen zu fragen, da der Zweigverein Hameln einer Antwort nicht gewürdigt war, wie es denn mit der eingereichten Lohnforderung aussehe. Die Folge war, daß auch die übrigen Kollegen die Arbeit einstellen.

Die mehr der Ordnung wenigstens zustrebenden Lohnverhältnisse in Bielefeld haben den Unternehmern in der Umgegend nicht in den Kram. So hat es der Unternehmer Schürmann in Heepn nicht verstanden können, daß seine Maurer mehr Geld beanspruchten. Die Kollegen haben deshalb die Arbeit eingestellt.

Am Sammer. In Nienburg haben die Kollegen Erhöhung des Stundenlohns von 40 $\frac{1}{2}$ auf 47 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ bei neuneinhalbstündiger Arbeitszeit (bisher zehn Stunden) gefordert. In einer Verhandlung, die am 19. Dezember vorigen Jahres stattfand, erklärten die Unternehmer, nicht mehr als 40 $\frac{1}{2}$ zahlen zu können, trotzdem einem großen Teil der Maurer im vorigen Jahre schon 42 $\frac{1}{2}$ gezahlt wurden. Dann haben die Unternehmer im März beschlossen, für 1906 und 1907 42 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ zu zahlen und 1908 und 1909 45 $\frac{1}{2}$. Dies Angebot ist von unseren Kollegen abgelehnt und eine den Unternehmern entgegenkommendere Forderung angenommen, nach der der Stundenlohn 1906 45 $\frac{1}{2}$ bei zehnminütiger Arbeitszeit und 1907 48 $\frac{1}{2}$ bei neuneinhalbstündiger Arbeitszeit betragen soll. Inzwischen hat aber der „Norddeutsche“ Wind bekommen und seinen durch die Hannoverische Katholikeneinigungs-Gesellschaft herbeigeführten Nagel auf Nienburg gelandt. Dieser durch seine großen Kräfte sich hervorzuheben auszuzeichnen Herr hat dann die Nienburger Unternehmer, gründlich zurecht getrimmelt, und zwar so, daß die Aussperrung beschlossen haben, die am 9. April beginnen soll. Da die Zimmerer zum Teil schon im Streik stehen, ist mit der Aussperrung zu rechnen.

treten. Da ich aber jetzt fort bin, will ich mich Euch anschließen, wenn es geht. Bei den Christlichen bin ich als Kassierer gewählt worden, habe aber gar nicht agitiert, sondern die Kollegen an Euren Verband verwiesen. Es sind schon einige da, die überreden wollen. Ich weiß aber nicht, ob man ein neues Buch haben muß oder die Beiträge bei Euch nachzahlen kann.

Maurer A. Salama,
Neubau in Michowitz, Nr. Weutchen, Parkstraße.

Aus Duzenden von Orten könnten wir derartige Fälle von Terrorismus der Christlichen und Geistlichkeit anführen. Wir wollen es aber hiermit genug sein lassen. Es sollten nur eifrig Stichproben gegeben werden, damit auch unsere Kollegen in späteren Jahren noch erfahren, wie in Oberschlesien die christlichen Organisationen, die katholische Fachabteilung sowie der christliche Bauhandwerkerverband, aufgebaut worden sind. In eifrigsten Orten ist es soweit getrieben worden, daß den Frauen in der Beichte der Weisheit mit ihren Männern verboten wurde. Den trotzkistischen Zentralverbänden wurde zur Strafe dafür, daß sie sich nicht christlich organisierten und in die Arbeitervereine eintraten, das Verbot des Trunks in der Kirche unterstellt.

Bei der Agitation selbst ging der Führer der Christlichen, Hoffmann, soweit, daß er am 24. Februar in Traunau erklärte, der Zentralverband habe 1904 vom Unternehmertum zu viel gefordert; wenn 80 bis 82 % pro Stunde verlangt worden wären, dann hätte der Arbeitgeberverband sicher verhandelt.

Die Winteragitation wurde im Februar beendet. Und es hatte Anfang März den Anschein, als wenn für unsere Organisation in Oberschlesien überhaupt nichts mehr zu machen sei. Als sich nun Ende März die ersten Trupps der Maurer im Industriegebiet in den einzelnen Bezirken festsetzten, ging ich sofort daran, hartenweise Sühnen abzuhalten. Dort wurde dann über den Terrorismus der Geistlichkeit und der Führer der christlichen Organisation diskutiert. Vor allem wurde die Stellung der Sozialdemokratie zu unserem Verband beleuchtet. Es wurde klargestellt, weshalb die sozialdemokratische Faktion gegen die gesamten Arbeitervereinsorganisationen stimmte. Es wurde auch schwarz auf weiß bewiesen, daß die Sozialdemokraten nicht gegen die Zulassung der Jesuiten nach Deutschland, wie die Führer der Christen bei der Agitation behaupteten, sondern dafür gestimmt hätten. Als alle die Meinungsverschiedenheiten gelöst, die Gegenfrage aus dem Wege geräumt waren, kam es in den meisten Fällen soweit, daß die Maurer unserem Verband beitraten. Es wurden Zahlstellen gegründet und beschloßen, auf Kosten der Lokalkasse für den Zahlstellen-Vertrauensmann die Breslauer „Volksmacht“ zu abonnieren. „Volksmacht“-Artikel wurden dann in den Zahlstellen und Massenquartieren diskutiert.

Wir können heute mit Freude konstatieren, daß diese Vertrauensmänner und Zahlstellen seitens der Christlichen und der Geistlichkeit nicht mehr in den Vordergrund gedrückt werden können. Wünschenswert wäre es aber, daß sämtliche Zahlstellen in den Landkreisen in ähnlicher Weise verfahren; um so eher wäre es möglich, die Organisation in Oberschlesien befestigen zu können.

Außerdem hat dann die Leitung in einem halben Duzend Zahlstellen, wo die Vertrauensmänner einigermaßen mit der Feder umzugehen wußten, das „Arbeiterrecht“ von Stadthagen angeliefert, um für unsere Kollegen die gewerblichen Streitfälle gleich erledigen zu können.

Agitation wurde überall, soweit es nur möglich war, betrieben. Dadurch war es möglich, in Antonienhütte, Bielschowitz, Brunnell, Dzielsau, St. Kramarn, Gr. Kimsdorf, Kramowitz, Krappitz, Anuraw, Myslowitz, Michowitz, Reumede, Poln. Neulitz, Podewitz, Reinsdorf, Rybnitz, Rogau, Sadenhohm, Salsau, Slawensitz, Schoppinitz, Tarnowitz (zum zweiten Mal) und Wiegau Zahlstellen zu errichten. Im Jahre 1904 wurden Zahlstellen errichtet in: Alt-Cosel, Altdorf, Beuthen, Birama, Bielschowitz, Gaisel, St. Hasselwitz, Ditzel, Gilgitz, Gleiwitz, Kattowitz, Königs- hütte, Laurahütte, Ostrositz, Ratibor, Schmientochowitz, Brinowitz und Zabrze.

Von diesen 41 Zahlstellen haben sich im Laufe des Jahres wegen Mangels an Vertrauensmännern Dzielsau, Anuraw, Myslowitz, Poln. Neulitz, Rybnitz, Ratibor und Wiegau wieder aufgelöst.

Im ganzen fanden 47 öffentliche und 48 Mitglieder- versammlungen statt. Ferner: 89 Sitzungen, 8 Bezirks- konferenzen und 22 Bezirksvertrauensmännerkonferenzen. Die übrige Zeit ist für Kolportage des „Grundstein“, Lohn- bewegungen im Gau, Fernhaltung des Zugangs usw. verwandt worden.

Die Mitgliederbewegung gestaltete sich folgendermaßen:

1902				1903				1904				1905			
Quartal	1.	2.	3.	Quartal	1.	2.	3.	Quartal	1.	2.	3.	Quartal	1.	2.	3.
174	201	212	218	218	225	230	235	240	245	250	255	260	265	270	275

Im ganzen wurden 2641 Mitglieder neu aufgenommen, wovon 1736 nur durch die Organisation durchgemacht sind. Offenlich gelang es 1906, 4000 Mitglieder am Jahresabschluss halten zu können.

Die Christliche Organisation hat Mitglieder in Beuthen, Brannitz, Deutsch Hasselwitz, Dohersdorf, Frießel, Friedersdorf, Kattowitz, Krappitz, Recknitz, Oberglogau, Schoppinitz, Walzen und Zabrze. Die Hochburg davon ist Dohersdorf mit 68 Mitgliedern.

Eine Lohnbewegung war in 20 Bezirken vorhanden. In 10 Lohngebieten kam es zu Streiks resp. Wapserren. Außerdem mußten in Kattowitz im Frühjahr, in Krappitz im Herbst Abwehrkämpfe mit einzelnen Unternehmern geführt werden.

Im April 1905 teilte uns der Arbeitgeberverband seine Beschlüsse mit. Wir lassen die Schriftstücke folgen:

Arbeitgeberverband für das Baugewerbe im ober- schlesischen Industriegebiet.

Kattowitz, den 7. April 1905.
An den Vorstehenden des städtischen Gewerbegerichts,
Herrn Bürgermeister Neugebauer, Hochwohlgeborenen.

Wir nehmen ergebenst Bezug auf den Schriftwechsel mit dem städtischen Gewerbegericht zu Kattowitz vom Juli vorigen Jahres, Nr. G. O. 5/04, und überreichen in der Anlage einen von der Generalversammlung vom 4. d. M. angenommenen Arbeitsvertrag zwischen den Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe im ober-schlesischen Industriegebiet und den bei denselben beschäftigten Maurer- und Zimmergefellern, mit der Bitte, der Lohnkommission des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, Postfach Kattowitz, Rathausstraße, hieron Kenntnis geben zu wollen.

Hochachtungsvoll
Arbeitgeberverband
für das Baugewerbe im ober-schlesischen Industriegebiet.
Der Vorstand.

gez.: B. Clausniger, Vorsitzender.
Arbeitsbedingungen für das Jahr 1905:

I. Arbeitszeit.
Die Arbeitszeit beträgt 10½ Stunden. Entsprechende Verringerung tritt mit Ausnahme der Tage ein.

II. Arbeitslohn.
Der Arbeitslohn für Maurer- und Zimmergefellern wird für die Arbeitsstunde auf 32 ½ festgesetzt mit der Maßgabe, daß Junggefellern und durch Invalidität und Alter weniger leistungsfähig gewordene Gefellern einen Lohn nach freier Vereinbarung erhalten.

III. Lohnzahlung.
Die Lohnzahlung erfolgt unter Einbehalt der Sonn- abendschicht vierzehntägig am Sonnabend nach Schluß der Arbeit oder auch während derselben bei Arbeitsstätten mit über zehn Gefellern auf dieser, sonst nach Ermessen des Arbeitgeberers im Baubureau oder auf einer anderen Arbeits- stätte. Angemessene Vorschüsse werden an den Sonnabenden zwischen den Lohnzeiten gezahlt.

IV. Auflösung des Arbeitsverhältnisses.
Das Arbeitsverhältnis darf von beiden Seiten ohne vorherige vierzehntägige Kündigung jederzeit gelöst werden. Diese Arbeitsbedingungen verfährt jeder Unternehmer mit seinem Namen oder Stempel und hing sie auf seinen Baustellen aus.

Anfangs Juni wurde nun von der Organisation bezüg- liche die Forderung auf zehnstündige Arbeitszeit, 37 ½ Stundenlohn usw. gestellt. Nur in Beuthen wurden 2 ½ weniger verlangt. Antwort bekamen wir beinahe von allen Unternehmern, und zwar in ein und demselben Wortlaut. Wir lassen davon eine Abschrift folgen:

Kattowitz, den 22. Juni 1905.
An Herrn Gertmann Baude,
Zamobzie Nr. 151 b.

Als Mitglied des Arbeitgeberverbandes für das Bau- gewerbe im ober-schlesischen Industriegebiet habe ich die in der Anlage aufgeführten Arbeitsbedingungen für das Jahr 1905 als maßgebend für mich und meine Arbeit- nehmer anerkannt, und bin aus diesem Grunde nicht mehr in der Lage, mit Ihnen bezüglich Ihrer Aufschrift über Änderungen dieser Bedingungen zu verhandeln.
Achtungsvoll
gez.: B. Franzisch, Maurermeister.

Daraufhin ging es dann zum Kampf. An allen Ecken und Kanten wurden Wapserren eröffnet. Dies hatte zur Folge, daß bis zum 15. August in den Bezirken: Katto- witz 28 Unternehmer mit 995 Maurern, in Königs- hütte 3 Unternehmer mit 98 Maurern, in Zabrze 1 Unternehmer mit 20 Maurern, in Beuthen 1 Unter- nehmer mit 57 Maurern, in Laurahütte 1 Unternehmer mit 23 Maurern, in Schoppinitz 1 Unternehmer mit 10 Maurern, in Myslowitz 1 Unternehmer mit 9 Mau- rern Einzelverträge zu 34 und 35 ½ abgeschlossen wurden. 35 ½ Stundenlohn erhielten im ganzen 122 Maurer. An 18 Maurer wurde in Zabrze 36 ½, an weiteren 21 Maurer 38 ½ und in Brunnell an 30 Kollegen ebenfalls 38 ½ Stundenlohn gezahlt.

In den Bezirken Antonienhütte und Schwen- toschowitz verliefen die Wapserren resultatlos, in Königs- hütte, Laurahütte, Myslowitz, Schoppinitz und Zabrze war ein teilweiser Erfolg zu verzeichnen; nur in Beuthen blieb es bei der einen Wapserre, obgleich auch dort der Kollege Nowak aus der Arbeit genommen war; dieser scheint aber mehr für seine anarchistischen Ideen als für den Zentralverband Pro- paganda gemacht zu haben.

Infolge des fortwährenden Kleinrieges und infolge des Dazwischentommens der Zimmererorganisation, die ebenfalls Forderungen gestellt hatte, kam es am 15. August mit dem Arbeitgeberverband zu Verhandlungen. Die Ver- handlungen führten sich auf die bereits abgeschlossenen Einzelverträge. Es kam dann ein Vertrag für das gesamte Industriegebiet zu Stande, der bis zum 1. April 1907 Gültig- keit hat.

Ein Abwehrkampf entwickelte sich im November noch in Krappitz infolge einer Lohnreduzierung des Unter- nehmers Korbisch aus Tarnowitz. Die Arbeit wurde ein- mütig von 25 Beschäftigten niedergelegt; dabei befanden sich auch 4 Mitglieder der christlichen Organisation. Alles ging ruhig bis zum vierten Tage; dann kam der Führer der Christen, Hoffmann, und schickte seine Mitglieder an die Arbeit. Eifrigste Kollegen fielen nun um und wurden Streik- brecher. Nicht genug, daß Hoffmann für den Unternehmer Streikbrecher war, er ging sogar soweit, den Versuch zu machen, unsere Streikposten mit Geld zu bestechen, indem er ihnen 25 ½ gab, um sie damit an die Arbeit zu laden. Der Kampf ging für uns verloren, aber das Geld ist doch von uns erobert worden; denn fünf neue Zahlstellen sind durch den Streikbruch der Christlichen um Krappitz herum ins Leben gerufen worden.

Zur besseren Information lassen wir nun die Zahlen der Maurer, die nach dem Vertragsabschluss den vertrags- mäßigen Lohn erhalten, sowie die Zahl, für die der Lohn 1906 noch kämpft werden muß, folgen:

Lohnbezirke	Zahl der Unter- nehmer	Zahl der Beschäftigten Ge- sellen	Wie viel er- halten bei der alten Lohn- zahl?	Wie viel er- halten weniger?
Antonienhütte	9	285	119	166
Beuthen	1	19	—	19
Brannitz	22	614	218	896
Bielschowitz	12	92	69	33
Brunnell	5	101	42	59
Brinowitz	5	61	29	32
Gleiwitz	24	468	217	251
Kattowitz	42	1126	825	801
Kochowitz	7	71	15	56
Königs- hütte	21	430	806	114
Laurahütte	19	824	239	95
Lazlet	2	30	15	15
Poln.	5	120	35	85
Michowitz	6	143	85	58
Myslowitz	5	61	49	12
Myslowitz	16	283	123	160
Niedelitz	3	45	—	45
Orzels	2	28	2	26
Reisfriescham	6	48	83	15
Reumede	3	32	—	32
Rybnitz	4	86	—	86
Schwen- toschowitz	4	45	9	36
Stuba	10	135	2	133
Schoppinitz	4	22	—	22
Schoppinitz	12	232	148	86
Schwen- toschowitz	14	250	127	123
Sohnitz	5	107	82	25
Tarnowitz	8	129	10	119
Tarnowitz-Band	5	74	8	71
Tichau	2	36	—	36
Tost	2	24	—	24
Zabrze	14	341	269	72

Summa... 299 5855 8049 2806

Diese Zahlen sollten nun jeden Kollegen, der im Ver- tragsgebiet arbeitet, anspornen, daß 1906 für die 3049 Kol- legen der Lohn erhalten und für die noch fehlenden 2806 Maurer das Versäumte nachgeholt wird.

Wir möchten nun an die Zahlstellen-Vertrauensmänner noch die Bitte richten, unaufgefordert die Beiträge, und zwar bis zu 50 Mitgliedern alle 14 Tage, und über 50 Mit- glieder alle 8 Tage an den Kassierer Joseph Benedikt, Kattowitz, Grünstraße 17, abzugeben. Der Kas- sierer ist streng angewiesen, nicht früher Marken zu senden, bevor die ersten an die Mitglieder verabschlachten Marken bezahlt sind. Bis jetzt ist das leider nicht beachtet worden, worauf sich auch die Unterschlagungen lediglich nur zurück- führen lassen.

Die Jahresabrechnung des Gaus gestaltet sich so:

Einnahme.	M.
Kassensbestand vom vorigen Jahre	16,39
An Beiträgen auf Grund des Statuts	667,38
Zufuß vom Verbandsvorstand	4052,62
Für Streikleitung zurück	777,57
An Beiträgen der Zweigvereine	161,40
sonstigen Einnahmen	60,—
Summa	M. 6735,36

Ausgabe.	M.
Für Gehalt	1800,—
Arbeitsverhältnis an andere Kollegen	568,08
Däten	203,45
Fahrtgeld	516,60
Bureaukosten, Feuerung, Licht und Bureau- utensilien	164,—
Druckkosten	143,10
Brot und Schreibmaterial	210,07
Unterstützungsvereinnung	86,—
Sonstiges, Saalmiete, Seküre usw.	270,59
Summa	M. 5710,80

Bilanz.	M.
Einnahme	6735,36
Ausgabe	5710,80
Kassensbestand	M. 24,56

Der Gauvertrauensmann: Gern. Baude.

Berichte.

Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse findet man sofort in die Redaktion des „Grund- steins“. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstag- Morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Forderungen und Adressenveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags Vormittags in unseren Händen sind.

Gau Bremen. (Konferenzbericht.) Sonn- tag, den 25. März, tagte in Bremen eine Konferenz dieses Gaus. Das Bureau wurden gewählt Giddeßen und Krug (Bismarckshaus) als Vorstehende, Steinhann (Brem- merhaven) als Schriftführer und Müller (Nordsee) als Führer der Rednerliste. Die Konferenz erließ das Mandat des verstorbenen Kollegen Voring durch Erheben von den Plätzen. Sodann erstallte Giddeßen den Bericht des Gau- vorstandes. Er führte etwa aus: Der Bericht des Vor- standes ist bereits im „Grundstein“ erschienen; ich nehme an, daß Sie alle hieron Kenntnis genommen haben. Ich kann mich deshalb kurz fassen. Bezüglich des Mitglieder- bestandes kann ich mitteilen, daß unsere Erwartungen über- troffen sind. Wir haben gegenwärtig im Gau Bremen einen Mitgliederbestand von 5000 Kollegen zu verzeichnen. Ferner haben wir jetzt 34 Zweigvereine, zu denen auf dem platten Lande eine Reihe von Zahlstellen kommen, die den

einzelnen Zweigvereinen angeliebert sind. Die im vorigen Jahre aufgenommenen Statistik weist eine Anzahl von etwa 6000 Kollegen auf; es verbleiben fast 2000 Kollegen, die in unserem Gau noch zu organisieren sind. Es wäre notwendig, daß sich in diesem Bezirk unsere Kollegen die nehmen und überall die Agitation mehr zum Muster Organisation vorhanden ist. Mehrere erfuhr ich Mündlich auf die kurze Zeit, die der Konferenz zur Verfügung steht, den Bericht des Gauvorstandes einer sachlichen Kritik zu unterziehen.

Sander hätte am liebsten gesehen, wenn der Bericht über die Mitgliederbewegung spezialisiert erschienen wäre. Nach der Auffassung des Redners ist der Zuwachs von Mitgliedern nicht auf die intensive Agitation des Gauvorstandes zurückzuführen. Sondern hauptsächlich ist der Zuwachs der Mitglieder auf das Konto der zugewandten organisierten Kollegen zu setzen und ferner auf die günstige Konjunktur. Der Redner bittet, den Gauvorstand zu beauftragen, in Zukunft noch mehr zu arbeiten.

Martin trat den Ausführungen des Vorredners entgegen. Wenn wir den Geschäftsbericht prüfen, so müssen wir zu dem Resultat kommen, daß wir einen Fortschritt im „Gau Bremen“ gemacht haben. Durch die Agitation des Gauvorstandes sind die Mitglieder in Oldenburg organisiert worden. Nach der Ansicht des Redners hat der Vorstand im vollen Maße seine Schuligkeit getan.

Sander: Ich habe nicht sagen wollen, daß der Vorstand seine Pflicht nicht getan hat. Ich will nur sagen, daß noch nicht genug geleistet worden ist. Meine Ansicht geht dahin, daß z. B. in Münsterlande nicht genügend geleistet wurde. Es fehlt speziell an der nötigen Agitation gegen die Christlichen. Außerdem wäre es Aufgabe des Gauvorstandes gewesen, auch in den Kreisen der organisierten Kollegen mehr für Agitation zu sorgen.

Bömelburg: Es ist eine Tatsache, die nicht hinweggeleugnet werden kann, wenn der Gauvorstand nur für die Agitation da wäre, daß dann mehr Erfolge erzielt werden könnten. Das ist aber nicht der Fall. Der Gauvorstand hat auch die Lohnbewegungen zu leiten und die nehmen betanlich ebenfalls viel Zeit in Anspruch. Sander mußte aber selbst zugeben, daß der Gauvorstand nicht auf der Warenaufgabe gelegen hat. Kollege Sander ist ja auch noch nicht lange hier, kann also die Verhältnisse im einzelnen noch nicht genau kennen. Ich glaube aber auch, daß noch mehr gesehen konnte. Das kann ich aber nicht sagen, wenn ein Jahr hermit ist, es hätte dies oder jenes noch gesehen können. Das Münsterland ist eine Gasse, die nicht leicht für uns zu bekommen ist. Ich gebe auch zu, daß auf dem Gebiete der Vertiefung des Organisationsgedankens noch mehr hätte gesehen können. Das ist aber noch kein Grund, dem Gauvorstand Vorwürfe zu machen. Ich möchte den Kollegen Sander darauf aufmerksam machen, daß man solche Bestrebungen nicht von heute auf morgen verwirklichen kann.

Bönd: Aus den Ausführungen Bömelburgs konnte man heraushehren, daß er von den Bremer Verhältnissen ganz genau informiert war. Wenn hier Mißstände angeführt wurden, so ist es doch nur deswegen, um die sachlichen Meinungsverschiedenheiten zum Ausdruck zu bringen.

Gibbesen: Der Bericht des Gauvorstandes ist nur von dem Kollegen Sander montiert worden. Wenn ich mich nicht immer nach dem Wunsch Sander's mit den Christlichen herumgeschlagen habe, dann liegt das eben daran, daß ich bisweilen einmal andere Wege eingeschlagen habe. Man wird aber nicht beweisen können, daß ich in dieser Beziehung nicht meine Pflicht getan habe. Redner führt dann in ausführlicher Weise den Verlauf der Agitation in Papenburg an, der speziell von Sander montiert war. Nach einigen weiteren Ausführungen von Berg, Böland-z. wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Der Gauvorsitzer Berg gab dann denassen Bericht. Da die Abrechnungen bereits im „Grundstein“ in den Nummern 11 von 1905 und 8 von 1906 veröffentlicht wurden, glauben wir von der nochmaligen Bekanntmachung Abstand nehmen zu dürfen. Nach einer kurzen Diskussion dieses Berichtes, an der sich die Kollegen Bröhlung, Berg und Bömelburg beteiligten, fand ein Antrag des Bremerhavener Delegierten einstimmige Annahme, wonach dem Gauvorstand Decharge erteilt wird. Nach dem jetzt erfolgten Bericht der Mandatsprüfungskommission sind mit dem Gauvorstand 39 Teilnehmer erschienen. Sämtliche Mandate wurden für gültig erklärt.

Zum Punkt „Lohnbewegungen“ führte der Verbandsvorsitzende Bömelburg aus: In den ersten Jahren des Bestehens unserer Organisation war an eine Lohnbewegung nicht zu denken. In den Jahren 1891 bis 1895 fand vielleicht 12 Lohnbewegungen vor sich gegangen und bis zum vorigen Jahre ist die Zahl der Bewegungen auf 400 pro Jahr gestiegen. Nach den bereits erfolgten Anmeldungen können wir in diesem Jahre etwa auf 500 Lohnbewegungen kommen. Wo gekämpft wird, gibt es belanlich auch Niederlagen. Im allgemeinen ist die Bewegung bis jetzt für uns recht günstig ausgefallen. Für circa 223 000 Kollegen berechnet ist der Stundenlohn im Durchschnitt um 11 % gestiegen. Nicht allein auf dem Gebiete des Lohnes, sondern auch auf dem der Vertiefung der Arbeitszeit sind nennenswerte Erfolge erzielt worden. Von den 223 000 nach der Statistik in Frage kommenden Kollegen haben 46 000 eine Arbeitszeit unter zehn Stunden, von diesen haben 3500 eine achtsündige Arbeitszeit. Die Anzahl der Orte, wo über zehn Stunden gearbeitet wird, ist bedeutend zurückgegangen. Zur Zeit der ersten Lohnbewegungen hatten wir einen Mitgliederbestand von 150 000, heute sind wir auf 177 000 gestiegen. Vor zehn Jahren waren unsere Finanzen noch schlecht gestellt, wir lebten sozusagen von der Sand in den Mund. Im Laufe der Jahre sind unsere Mitglieder an höhere Leistungen gewöhnt worden. Unter dem Einfluß der Beschlässe der Mainzer Generalversammlung haben wir uns eine gesunde finanzielle Basis geschaffen. Trotz der Ausgabe von einer Million Mark, die wir im vorigen Jahre für Streits ausgeben mußten, sind wir an der Lage gewesen, 480 000 zur Reserve legen zu können. Wenn wir in diesem Jahre dieselbe Summe für Streits ausgeben haben, dann werden wir etwa 4 500 000 bis 600 000 dem Reservefonds zuführen können. Betreffs der Statistik bei

Lohnbewegungen kann man nicht viel sagen, weil sich die Statistik nicht vorher bestimmen läßt. Das eine kann ich jedoch sagen, daß wir nicht notwendig haben, bei Streits die große Bremse anzulegen. Besonders wenn die Arbeitsgelegenheit an den einzelnen Orten gut ist, werden wir das nicht nötig haben. Wollen wir im allgemeinen unsere Lohnbewegungen noch besser durchführen, dann müssen sich unsere Kollegen noch mehr an Disziplin gewöhnen. Wenn wir einmal im Vorstände Streits verlagten, dann hätten wir hierzu auch triftige Gründe. Wollen die Mitglieder in Lohnbewegungen eintreten, dann verlangen wir, daß die in den Satzungen festgelegten Bestimmungen eingehalten werden. Ganz besonders müssen auch die Bestimmungen des Streitreglements befolgt werden. Die Unternehmer arbeiten mit großer Energie an dem Ausbau ihrer Organisation weiter. Wenn deren Organisation immer stärker geworden ist, können wir dann auf Forderungen verzichten? Das können wir nicht. Mit der Stärkung der Organisationen werden die Kämpfe an Umfang gewinnen. Die Entwicklung arbeitet danach hin, daß die großen Kämpfe vorbereitet sind, die sich als Folge der Entlohnung ergeben werden, dann können sie uns nicht schaden. Wir müssen eben eine genügend starke Organisation haben, um solche Kämpfe führen zu können. Das Vermögen des Verbandes von 1,8 Millionen Mark ist ja eine nette Summe; zu den Vorbereitungen für spätere Kämpfe genügt sie aber noch nicht. Sie denken, ich komme jetzt mit der Beitragserhöhung. Nein. Ich denke, wir halten am heutigen System fest; wird der Lohn erhöht, dann erhöht sich auch der Beitrag von selbst. Solange die Organisation mit den Beiträgen so hinstimmt, denke ich nicht daran, an der heutigen Beitragszahlung zu rütteln. Wenn wir den großen Kämpfen mit Muth entgegengehen wollen, müssen wir dafür sorgen, daß die Zahl der indifferenten Kollegen verringert wird und ferner müssen unsere organisierten Kollegen mehr über unsere zukünftigen Aufgaben aufgeklärt werden. Wenn Sie in diesem Sinne handeln, dann werden auch die zukünftigen Lohnbewegungen zum Nutzen der Organisation durchgeführt werden. Diese Ausführungen waren von allgemeinem Beifall begleitet.

Nach Eröffnung der Nachmittags-Sitzung ging der Vorsitzende mit kurzen Worten auf die Ausführungen Bömelburgs ein und konstatierte, daß das Bureau bereit ist, im Sinne dieser Ausführungen zu handeln. Zum Punkt „Agitation“ übergehend, führte Gibbesen aus: Während meiner früheren Tätigkeit als Leiter des Zweigvereins habe ich häufiger die Beobachtung machen müssen, daß manche Kollegen nur auf Veranlassung ihrer Frauen dem Verbands den Rücken gekehrt hatten. Ich habe dann mehrfach in solchen Fällen bei den Weberaufnahmen mit den Frauen hierüber Rücksprache genommen und habe die Gründe angeführt, weshalb der Mann organisiert sein muß. Dann wurde mir verschiedentlich erklärt: wenn mein Mann mir das gesagt hätte, würde ich nicht darauf gedrungen haben, daß er aus dem Verbands austreten solle. Man sieht an solchen Fällen, daß die Männer ihre Frauen nicht immer genügend aufklären. Der Redner plädierte dann für die allgemeine Einführung der Einheitsmarke. Bei der Werbung von weiteren Mitgliedern sei auch ein Hauptgewicht auf die Kleinarbeit in Stadt und Land zu legen. In der Diskussion bemerkte Sander: Wenn die Agitation so erfolgreich sein soll, so muß ein bestimmter Plan aufgestellt werden. Diejenigen Kollegen, die für die Agitation geeignet sind, müssen den nötigen Stoff bekommen. Redner ging näher auf die Art und Weise ein, wie der Bildungsausschuss in Bremen planmäßig für die Fortbildung der Arbeiter Sorge trägt. Dann ist es notwendig, daß in den Orten die Ökonomie, wo die Organisation mit den Christlichen zu rechnen hat, die Kollegen herangezogen werden, um selbst diesem Gegner entgegenzutreten zu können. Bömelburg: Auf alle Einzelheiten zu diesem Punkte eingehen, halte ich nicht für notwendig. In kleineren Orten ist die Agitation auf dem Arbeitsplatze fast gar nicht möglich. Der Mitgliederbestand vom „Gau Bremen“ steht ja im Verhältnis zu anderen noch günstig da. Wollen wir die Kollegen des platten Landes organisieren, dann müssen wir dafür sorgen, daß die Mitglieder in den größeren Städten ihre Agitation auf die Umgegend ausdehnen. Es muß so weit kommen, daß jeder Zweigverein seinen eigenen Agitationsbezirk hat. Sander führte hier besonders an, wie der Bildungsausschuss in Bremen für die Fortbildung der Arbeiter seinen Plan ausgearbeitet hat. Das mag für Bremen ganz richtig gewesen sein. Was in Bremen möglich ist, ist nicht immer in anderen Orten durchzuführen. Das ist alles leichter gesagt als getan. Wir haben seit Jahren danach hingestrebt, um den Gewerkschaftsmitgliedern Gelegenheit zu geben, sich weiter auszubilden. Ich kann auch heute schon berichten, daß der auf Veranlassung des letzten Gewerkschaftsfestfests einzufließende Unterrichtsfiskus am 1. September eröffnet werden wird. Die Selbstbildung schäße ich noch höher, als die Teilnahme an den besten Vorträgen. Ich tue das deswegen, weil ich weiß, daß der, der liest, auch bestrebt sein wird, das zu erfahren, was er gelesen hat. Es freut mich, wenn die Kollegen Einrichtungen schaffen, wodurch die Mitglieder immer mehr zum Lesen erzoogen werden. Aber bei alledem müssen wir bestrebt sein, mit den Füßen am Erdboden zu bleiben und nicht in der Luft schwärmen. Sander plädierte nochmals für seine bereits angeführte Meinung, daß die Agitation dann am fruchtbarsten sein wird, wenn an aktuelle Themas angeknüpft wird. Wenn man in meinem Sinne den Organisationsgedanken in den kleinen Orten propagiert, dann schwebt man nach meiner Meinung nicht in höheren Regionen, sondern man bleibt mit beiden Füßen am Boden. Gibbesen schloß diesen Punkt der Tagesordnung mit dem Hinweis, daß der neugewählte Gauvorstand sich die Anregungen zu nütze machen wird. Hierauf wurde eine Mitteilung der Rauter Bauarbeiterschaftskommission verlesen. Nach diesem Schreiben wird an alle Delegierten das Ersuchen gerichtet, in allen Zweigvereinen für die Einsetzung einer Kommission zu sorgen, die sich die Materialsammlung für die Rauter Kommission zur Aufgabe mache. Ohne Debatte wurde dann ein Antrag angenommen, wonach auf der nächsten Konferenz mindestens ein Revisor der Gaukasse vertreten

sein muß. — Martin stellte dann den Antrag, daß das Gehalt des Gauvorsitzenden auf 170 monatlich festgesetzt wird und daß der Gauvorsitzer eine jährliche Entschädigung von 60 erhält. — Sander beantragte, daß der Disziplinsatz für halbe Tage auf 3, für ganze Tage auf 5 und mit Uebernachtdaten auf 7 festgesetzt wird. Diese Anträge wurden nach kurzer Diskussion angenommen. Die Wahl des Gauvorsitzenden zeitigte folgendes Resultat: Gibbesen, Gauvorsitzender; Berg, Kassierer; Böba, Martin und Fuhrmann, Revisoren. Die Revisoren wurden per Akklamation wiedergewählt. Nachdem der Verbandsvorsitzende Bömelburg den Delegierten in kurzen Zügen auseinandergesetzt hatte, wie die Anregungen in den Zweigvereinen zu verwirklichen sind, wurde gegen 6 Uhr Abends die Konferenz mit einem dreifachen Hoch auf den deutschen Maurerverband geschlossen.

Gau München. (Konferenzbericht.) Sonntag, den 18. und Montag, den 19. März, tagte hier im „Gambinus“ die Konferenz des Gaues München. Anwesend waren 46 Delegierte von 23 Zweigvereinen. Außerdem waren als Gäste erschienen je ein Vertreter der Zimmerer und Bauhilfsarbeiter von der Baustelle München, sowie Kollege Ruer vom bayerischen Bauarbeiterverband, ferner Gewerkschaftssekretär Jacobson-München. Vom Hauptverband war Kollege Bömelburg anwesend.

Nachdem der Arbeiter-Gewerksverein „München-West“ einige Lieber gelungen hatte, ließ der Gauvorsitzende, Kollege Garkl, die Delegierten herzlich willkommen. Er sprach die Hoffnung aus, daß die Delegierten auf Grund ihrer gemachten Erfahrungen in ruhiger, sachlicher Weise Vorschläge machen werden, wie die Organisation auszubauen und die Maurerbewegung in Südbayern weiter vorwärts zu bringen sei. Es war eine schwere Arbeit, die Organisation auf dem Lande zu befestigen. Aber man könne mit der Entlohnung ganz zufrieden sein, da heute der Gau aus 25 Zweigvereinen mit ca. 6000 Mitgliedern bestesse.

Nachdem das Bureau aus Schöfer-München als erstem und März-Augsburg als zweitem, Vorsitzenden, Glas-München als erstem und Schwarzenlander-Neichenhall als zweitem Schriftführer gebildet, und die Mandatsprüfungskommission aus Mayer-Augsburg, Münzel-Randshut und Gröhl-München gewählt war, ergriff Garkl das Wort zum ersten Punkt der Tagesordnung. Er verwies auf den gedruckten Bericht und rekapitulierte kurz die Maurerbewegung in Südbayern. Es sei ein schwerer Kampf gewesen, der geführt werden mußte, um die Kollegen auf dem Lande von der Notwendigkeit der Organisation zu überzeugen. Erfreulicherweise sei die Fluktuation geschwunden, und es sei sogar gelungen, in die schwärzesten Winkel Bayerns, in Niederbayern, einzubringen. Nach dem unglücklichen Streik in Augsburg sei die dortige Mitgliedschaft mit 800 Kollegen verloren gegangen; doch müsse zur Ehre der dortigen Kollegen konstatiert werden, daß zur Zeit wieder nahezu 800 Kollegen dem Verbands angehören. In Rosenheim und Neichenhall gehe die Bewegung sehr gut vorwärts; im letzteren Orte sind 95 pBt. der Maurer organisiert. Landshut sei von jeher das Schmerzenskind der Organisation gewesen; die leitenden Personen arbeiten oft das ganze Jahr auswärts. In Ingolstadt gehören alle Kollegen dem Verbands an. Auch in den jüngeren Zweigvereinen könne man mit der Entlohnung vollauf zufrieden sein; es seien überall überzeugungstreue Mitglieder vorhanden. Nachdem Redner den Delegierten noch einige praktische Winke und Vorschläge über die Leistung erteilt hatte, schloß er mit einem Appell an die Delegierten, selbst die Organisation hochzuhalten, seine Ausführungen.

An diesen Bericht knüpfte sich eine rege Debatte mit verschiedenen Wünschen, Anregungen und teilweise auch Beschwerden. Nachdem Kollege Bömelburg noch verschiedene Fragen beantwortet hatte, wurde dem Gauausführer einstimmig Decharge erteilt.

Ueber Lohnbewegungen referierte Kollege Bömelburg. Er gab zunächst den Delegierten ein interessantes Bild der Entwicklung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands. Nach im Jahre 1895 betrug der Mitgliederstand ja 18 000. Circa 190 000, also genau die Summe, die der Verband gelegentlich der vorjährigen Lohnbewegung in München allein vorausgab hatte, betrug damals die Gesamtsumme. Mit der Ausbreitung der Organisation vermehrten sich auch die Kämpfe. Vor zwei Jahren hatten 378 Zweigvereine Lohnbewegungen, im vorigen Jahre waren es über 400 und in diesem Jahre sind bis jetzt schon dem Verbandsvorstande 400 Lohnbewegungen angemeldet, so daß bis zum Schluß des Jahres die Ziffer 500 — das ist ziemlich die Hälfte aller Zweigvereine — beinahe erreicht sein dürfte. Eine so gewalttätige Bewegung ist nur möglich bei einer starken Organisation und guter Disziplin. Im Jahre 1898 hat der Verband für die Lohnbewegungen 300 000 vorausgabt; vor zwei Jahren betrug die Ausgabe eine Million, im vorigen Jahre ebenjohel, und in diesem Jahre wird sie voraussichtlich noch größer werden. Trotz dieser ungeheuren Ausgaben, war es noch möglich, vor zwei Jahren 176 000 den Rebeten zu überweisen. Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, dürfte sich das Vermögen des Verbandes im abgelaufenen Jahre auf 450 000 vermehrt haben. Derartige Erfolge habe nur die Organisation der Maurer aufzuweisen. In den letzten Jahren sei der durchschnittliche Stundenlohn um 12 % gestiegen, in einzelnen Großstädten sogar um 15 %. Wenn die Organisation in München und Südbayern anfangs der 90er Jahre so stark gewesen wäre, wie sie zur Zeit ist, dann wäre auch hier der Stundenlohn heute bedeutend höher. An dem Ausbau der Organisation müsse unaufhörlich weiter gearbeitet werden, und eine immer größere finanzielle Stärkung des Verbandes sei unbedingt notwendig. Das Vermögen des Verbandes, das zur Zeit ja 1 800 000 betrage, in den Totalaffen befinden sich etwa 860 000, gehe also der dritten Million entgegen, erscheint wohl auf den ersten Blick sehr hoch, im wirtschaftlichen Kampfe reiche es bei weitem nicht hin, um uns über alle Schwierigkeiten hinwegzusetzen. Eine bedeutende Stärkung unserer Finanzen, ohne den Beitrag zu erhöhen, sei nur möglich, durch Vermehrung der Mitglieder und durch Erhöhung des Stundenlohnes, die ebenfalls eine höhere Beitragsleistung nach sich zieht. Nachdem Bömelburg den Delegierten noch einige sehr praktische Winke erteilt und sie ermahnt hatte,

sich nicht mit Kleinlichen Dingen zu beschäftigen, sondern sich stets die ganze Seele der Organisationsgedanken vor Augen zu halten, schloß er unter großem Beifall seine sehr interessanten und lehrreichen Ausführungen.

An der Diskussion beteiligten mehrere Delegierte über die Verhältnisse in ihren Zweigvereinen und besprachen sich vielfach über die Münchener Mauer, die durch Übernahme von Aufträgen in den auswärtigen Orten große Zustimmungen und Uneinigkeit in der verschiedenen Zweigvereine hineinbringen, und so die Agitation sehr erschweren.

In seinem Schlusswort beantwortete Böhmberg verschiedene an ihn gerichtete Fragen. Sehr bedauerlich sei es, wenn die Münchener Kollegen durch ihr Verhalten Uneinigkeit unter die Kollegen bringen. Gerade in Bayern sei der Durchschnittslohn der Mauer am niedrigsten, obwohl sie noch dazu Gesundheit und Leben aufs Spiel setzen müssen. Neben erwähnte nochmals mit beweglichen Worten zur Eingetragten, nur durch sie komme man zum Ziele.

Ueber Agitation referierte Kollege Garl. Wenn man die Verhältnisse heute betrachtet, könne man gar nicht glauben, daß eine Agitation notwendig sei. Dem sei jedoch nicht so. Viele, viele unserer Kollegen stehen noch sehr tief unter dem Niveau allgemeiner Bildung. Es müsse ausgekehrt gearbeitet werden an der Aufklärung und Bildung der Kollegen. Freiwillig werden die Unternehmer den Lohn nicht erhöhen. Wenn Eingetragte unter den Kollegen herrscht, so haben auch sie ein wichtiges Wort bei Festlegung der Löhne und Arbeitsbedingungen mitzureden. Die kirchlichen Autoritäten seien die größten Gegner der Organisation. Von ihrem Standpunkte aus sei das beängstigend; denn sobald die Arbeiter aufgeführt sind, würde es mit ihrem Herrtümern vorbei sein. Jeder Kollege müsse seinen Mann stellen, sowohl in gewerkschaftlicher, wie auch in politischer Beziehung; bisher sind nur die sozialdemokratischen Abgeordneten wirksam für die Arbeiter im Parlament eingetreten. Die Arbeiterbewegung habe eine kulturelle Bedeutung. Auf dem Lande aber müsse die Agitation mit großer Geduld betrieben werden. Für den Arbeiter gebe es kein anderes Bildungsmittel, als Agitation und die Arbeiterpresse. Sogar die Fabrikinspektoren müßten in ihren Jahresberichten anerkennen, daß da, wo die Arbeiterbewegung vorgeschritten ist, auch der Bildungsgrad der Arbeiter ein höherer sei; früher wurden die organisierten Arbeiter mißtrauisch angesehen, während heute die Bürgerschaft vor ihnen Respekt bekommen habe. Die Agitation, unter der die Hausagitation, Hausbesprechungen sowie die mündliche Agitation zu verstehen ist, sei am wirksamsten und müsse unausgesetzt betrieben werden; auch die Frauen sollen aufgeführt werden über den Nutzen und Wert der Organisation. Eine Hauptaufgabe sei es auch vor allem, die zugewanderten ausländischen Arbeiter für die Organisation zu gewinnen. Die Versammlungen werden nur dann agitatistisch wirken und unserer Sache dienen, wenn sie ruhig und sachlich verlaufen.

Die Diskussion über diesen Punkt war sehr ausgedehnt. Der Vertreter der österreichischen Bauarbeiter berichtete, daß seine Organisation gegenüber dem deutschen Bruderverbande noch weit zurück sei, doch gebe es auch dort vorwärts. Im vorigen Jahre sei seine Organisation von 14.000 auf 30.000 Mitglieder gestiegen, aber es bleibe noch viel zu tun übrig. Die Arbeiter in Österreich seien für die Organisation leicht zu gewinnen, indem dort die Verdummungspolitik der kirchlichen Macht noch sehr tiefe Wurzeln habe. Neben dankte für die Zulassung seiner Person zur Konferenz, die habe ihm sehr Befriedigung gebracht. Ein Münchener Delegierter besprach sich über die Situation in böhmischem Gegend, die unsere Kollegen in den Stukaturverband zwingen wollen. Der Vertreter der Bauführerbesprechung forderte die Delegierten auf, zu den Hausbesprechungen auch die Bauführerbesprechung zuziehen und sie zu kontrollieren. Böhmberg und Garl gingen auf die einzelnen Wünsche im besonderen noch ein, und ermahnten die Delegierten, zu ihren Hausbesprechungen auch die Zimmerer und Bauführerbesprechung zuzuziehen. Mit dem Stukaturverband stehe die Mauerorganisation leider in keinem Vertragsverhältnis. Ein diesbezüglicher Antrag sei besonders von den Münchener Stukaturern abgelehnt worden. Die Kollegen sollen nun dann dem Stukaturverband beitreten, wenn dieser ihnen ihre Beitragsleistung im Mauerverband voll anerkennt.

Aus der Wahl des Vorstandes gingen einstimmig hervor: Garl als Vorsitzender, H. Stadler, Kaffierer, Jos. Hoch, Schriftführer, Puz und Schuster als Beisitzer. Als Revisoren wurden gewählt: Feul, Meyer, Remington und Birnhammer. Das Gehalt des Kollegen Garl wurde von A 160 auf A 170 erhöht, mit Wirkung vom 1. Mai vorigen Jahres.

Mit einem begeistert aufgenommenen Gock auf den Rentatverband der Mauer Deutschlands wurde nach zwölfstündiger Dauer die mühselgültig verlaufene Konferenz vom Vorsitzenden Schärer geschlossen.

Am Montag, den 26. März, tagte hier eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung, die sich hauptsächlich mit der wirtschaftlichen Lage der hiesigen Bauhandwerker beschäftigte. Kollege Werfel aus Nürnberg war als Referent anwesend. Der Referent führte den Anwesenden, unter denen sich auch ein Polizeioffiziant befand, klar vor Augen, in welcher elenden Lage sich die Bauhandwerker infolge der Preissteigerung und des hohen Zinsfußes befinden. Neben ging dann auf die erbärmliche Verhältnisse der Bauunternehmer und ihrer Kollegen gegenüber den Arbeitern sehr zu kritisieren. Besonders die Firmen Gumpert, Mangenberger und Simon mit ihren Kollegen wurden scharf mitgenommen. Allen voran im Schilfen der Arbeiter, hauptsächlich der organisierten Mauer, ist der Kollege Werfel aus der Simonischen Werkstatt, der bis vor kurzem unserem Verband angehört hat. In seinem Eifer zur Belämpfung der Organisation geht dieser sehr weit, so weit, daß er Austrittsbeschlüsse anfertigt und diese von den Mauerern unterschreiben läßt. Neben gibt es nun noch wankelmütige Kollegen, die hierauf eingehen. Sie sind eben der Meinung, wenn sie heute dem Verband beitreten, können sie morgen mit vollen Händen empfangen. Unmöglich unserer Lohnbewegung im vorigen Jahre wurde uns unter dem Vorwand des Bürgermeisters geschickt unter Koalitionsrecht gestanden. Und heute sind es dieselben Unternehmer, die uns das Koalitionsrecht

rauben und unsere Organisation in den Grund bohren möchten. Es wird ihnen dieses aber nicht gelingen, wenn auch momentan ein kleiner Mühsal zu vergehen ist, indem unsere Verbandskollegen nicht eingestellt oder ausgehebert werden, wobei von der schwarzen Liste ausgelassen Gebrauch gemacht wird. Wenn aber beide Mittel nicht verlangen, dann greift man zur Lohnreduzierung. Den Verbandsmitgliedern wird ein Stundenlohn von 28 bis 30 A, ja sogar 24 A gezahlt, während ein Bauführerarbeiter 28 A bekommt. Bei alledem gibt es noch Kollegen, die zu ihren Meistern gehen und ihre Kollegen verlassen und betreten, indem sie sagen, die und diese Kollegen sind schuld daran, daß wir im Verbands sind, und diese haben uns zum Streik verleitet, aber wir wollen wieder brav sein und so etwas nicht mehr tun. Der Erfolg davon ist, daß die Kollegen, die für die anderen die Kassen aus dem Feuer holten, am heiligen Orte meistens erfolglos geblieben sind. Werkel ermunterte die Kollegen zur kräftigen Agitation und empfahl ihnen, fest und treu zur Organisation zu halten. Es folgte dann eine lebhafte Diskussion, in der auch die Notstandsarbeit im heutigen Winter, die der Stadtverwaltung hätte ausführen lassen, kritisiert wurde, weil man die Arbeiter, die meistens Mauerer waren, mit A 1.80 pro Tag entlohnt hätte, während der ortsübliche Tagelohn A 2.50 beträgt. Darauf schloß der Vorsitzende mit der Aufforderung an alle Kollegen, fest für den Verband zu arbeiten, die Versammlung.

Berlin. (Zahresbericht.) Bei dem Beginn des verfloffenen Jahres standen wir vor der großen Frage, kommt ein neuer Vertrag für die Berliner Mauer zu Stande oder nicht? Das Resultat war dann, wie bekannt, daß der vereinbarte Vertragsentwurf mit Zweidrittelmajorität angenommen wurde, obwohl von den Lokalisten und auch von einigen unserer Kollegen die heftigste Agitation gegen Abschluß eines neuen Vertrages betrieben wurde. Wie wir im allgemeinen über den Abschluß des Vertrages denken, und welche Bedeutung wir solchen Verträgen beimessen, haben wir bereits in Nr. 2 des „Grundstein“ sowie im Geschäftsbericht für dieses Jahr kurz besprochen. So daß es jetzt überflüssig ist, näher hierauf einzugehen. Für die Orte Alt-Giesendie, Altesdorf, Köpenick und Friedrichshagen, die nicht zum Vertragsgebiet gehörten, stand der Lohn um 5 A pro Stunde niedriger als in Berlin. Bei Abschluß des Berliner Vertrages war es uns möglich geworden, den Lohn für die genannten vier Vororte jedes Jahr um 5 A pro Stunde zu erhöhen, so daß er seit dem 1. April d. J. dem Berliner Lohn (75 A pro Stunde) gleich steht. Einen weiteren Erfolg zeigten die Verhandlungen zwischen der Zweigvereinsleitung und der Gemeindefürsorgekommission (Schlachter und Nikolaus). Der Lohn, der in Schlachtersee um 5 A und in Nikolaussee um 7 1/2 A pro Stunde niedriger stand als in Berlin, wurde laut Vertrag vom 8. April 1905 ebenfalls dem Berliner Lohn gleichgestellt. Außerdem wurden die Arbeitsbedingungen der Kunsthandwerker bei der Firma Gebr. Friezele einer Neugestaltung unterworfen. Für die Sektion der Puzer war das Jahr 1905, soweit Lohnbewegung und Arbeitsverhältnisse in Betracht kommen, sehr ruhig. Was von Bedeutung zu berichten wäre, ist, daß sich wiederholt Sitzungen damit beschäftigten mußten: „Unter welchen Bedingungen dürfen Mauerer Puzerarbeiten im Lohn verdienen?“ Nach eingehenden Erwägungen kam der Vorstand zu dem Entschluß, daß eine nochmalige Aufstellung der prinzipiellen Frage der Aufzählung unbedingt notwendig ist. Zu diesem Zweck wurde der Kollege Paepflo, Kassierer des „Grundstein“, ersucht, ein Referat darüber zu halten. Kollege Paepflo hat diesem diese Folge geleistet. Am 11. Februar d. J. hat er in einer in der „Arminialen“ abgehaltenen, aus circa 120 Organisationsfunktionären besetzten Versammlung ein Referat über die beregte Frage erstattet. Der Vortrag und die sich daran knüpfende Diskussion wurden stenographisch festgelegt und wird den Mitgliedern des Berliner Zweigvereins in Broschürenform unentgeltlich ausgehändigt.

Die in der Sektion der Glaz- und Zementbranche beschäftigten Kollegen führten im vergangenen Jahre einen zehnjährigen Streik. Die Verhandlungen endeten mit der vollen Anerkennung der von der Sektion aufgestellten Forderungen und mit Abschluß eines zehnjährigen Tarifvertrages. Hierzu sei bemerkt, daß die in der Glazbranche beschäftigten Kollegen eine halbe Stunde Verkürzung der Arbeitszeit (die Arbeitszeit beträgt jetzt 8 1/2 Stunden) erlangen haben. Die Verhältnisse im Fliesenlegerberuf im verfloffenen Jahre sind kürzlich in mehreren Nummern des „Grundstein“ besprochen, so daß es nicht nötig ist, nochmals darauf einzugehen. Ueber die allgemeine Bewegung der im Badofenbau beschäftigten Kollegen ist im verfloffenen Jahre wenig zu sagen. Zu ersten Konflikten mit den Unternehmern in bezug auf das Vertragsverhältnis ist es nicht gekommen.

Die Bautätigkeit im verfloffenen Jahre war mit wenigen Ausnahmen ziemlich reg. Am Schluß sei noch erwähnt, daß die Konjunktur infolge des gelinden Winters und des starken Zuganges von auswärtigen Kollegen augenblicklich ziemlich ins Stoden geraten ist, so daß zur Zeit eine große Anzahl Kollegen arbeitslos sind. Außerdem ist dies, auch darauf zurückzuführen, daß es vielfach an Steinen fehlt. Es bliebe von Interesse, hier, die den Kollegen auswärtiger Zweigvereine zur Kenntnis zu bringen, daß es sonst, wenn sie jetzt hierher kommen, ebenfalls damit rechnen müssen, längere Zeit arbeitslos zu sein. Des weiteren ist es im vergangenen Jahre von einigen Bau- und Zweigvereinsvorständen vielfach unterlassen worden, sich vorher zu informieren, ob die Konjunktur auch Gewähr dafür bietet, daß Kollegen in Arbeit gebracht werden können. Das muß für die Folgezeit aber jedesmal gesehen werden, denn gerade dadurch können so manche unliebsame Auseinandersetzungen verhindert werden.

Am 21. März hielt der Zweigverein in Kellers Festsaal für sämtliche Zählstellen der Mauer, die Sektion der Puzer, die Sektion der Glaz- und Zementbranche, sowie die Gruppe der Fliesenleger seine Generalversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Geschäfts- und Kassenbericht für das Jahr 1905. 2. Diskussion. 3. Ergänzungswahl zweier Ausschussmitglieder.

Zu dem gedruckt vorliegenden Jahresbericht gab der Vorsitzende Schärer einige ausführliche Erklärungen. Die Agitation im Zweigvereinsgebiet, das sich mit seinen Vor-

orten sehr weit ausdehnt, wurde nach besten Kräften betrieben. Vier vom Zweigvereinsvorstand herausgegebene Flugblätter, die auf die Grundzüge und Pflichten der Organisation hinwiesen, wurden zu Tausenden unter den Kollegen verbreitet. Ferner fanden zur Förderung und Weiterentwicklung des Baudeputiertenstems 6 Agitations- und 8 Deputiertenversammlungen statt. Außerdem haben im gesamten Zweigvereinsgebiet 408 Versammlungen und 449 Sitzungen stattgefunden, darunter befinden sich 11 Generalversammlungen, 23 Sitzungen des Zweigvereinsvorstandes, 24 Vertreteritzungen (erweiterte Vorstandssitzungen) und 18 Obsteitzungen. Letztere besaßen sich in den meisten Fällen mit Anlagen gegen Kollegen, die sich gegen die Grundzüge der Organisation vergangen haben. Alle übrigen Versammlungen und Sitzungen verteilten sich auf die einzelnen Zählstellen, Viertel und Sektionen. Am eine Uebersicht über die Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie die jeweilige Konjunktur und deren Begleiterscheinungen zu haben sowie in bezug auf Kassenlöse und sonstige Wirtschaft, fanden, wie alljährlich, 2 Bautenkontrollen statt. Die rege Agitation habe denn auch zur Folge, daß die Mitgliederzahl im Berichtsjahre von 14.214 auf 10.787 gestiegen ist. Hierzu führte der Vorsitzende aus, daß, wenn es dem Vorstand im vergangenen Jahre mit Hilfe der am Ort agitatistisch tätigen Kollegen gelungen sei, dem Zweigverein 2573 neue Mitglieder zuzuführen, könne uns das noch lange nicht befriedigen. Er wolle doch offen aussprechen, daß speziell für Berlin noch ein gutes Stück Agitationsarbeit zu vollbringen sei. Es sei ein Unterschied zwischen Städten wie Berlin und Orten, die alljährlich mit ein und denselben Kollegen zu rechnen hätten. Und für sich wird die Agitation, zumal in Berlin, durch die Organisationszerpflüchterung bedeuend erschwert. Außerdem komme in Betracht, daß Berlin alljährlich mit circa viertausend Kollegen aus auswärtigen Zweigvereinen zu rechnen habe. Seit jeder Versuche seine im Heimatort gesammelten Erfahrungen in der Praxis umzusetzen, unentbehrlich darum, ob sie auf die Berliner Verhältnisse zugepaßt sind. Hierbei komme es dann vor, daß teilweise zu Arbeitsentstellungen geführt würde, ohne dem Vorstand oder sonst einem mit den Verhältnissen am Orte betrauten Kollegen Gehör zu schenken. Wenn die vom Vorstand aufgestellten Grundzüge von jedem am Ort arbeitenden Kollegen zur konsequenten Durchführung gebracht worden wären, so hätte es nicht vor kommen können, daß sich fast täglich zwei bis drei Vorstandsmitglieder habe, zum Teil ganze Tage auf den Bauten umherstreifen mußten. Ebenfalls wies Schärer auf die hohen Unterstützungssätze hin und betrat den Standpunkt, daß sie nicht dazu beitragen, bessere Verhältnisse herbeizuführen. Die Erfahrung habe es gelehrt, daß die höhere Unterstützungssätze bei Waghregungen gesamt würden, sich immer mehr bei den Kollegen der Gebante einbürgere, sie seien, falls sie entlassen, gemorgelt, wenn sie auch tatsächlich ganz gemächlich entlassen sind. Eine umfangreiche Tätigkeit mußte die Verbandsleitung auf den Bauten entfalten, um die sich aus dem Arbeitsverhältnis ergebenden Differenzen zu schlichten. Es mußten 1008 Fälle untersucht werden. Wegen Nichtbeachtung des vertraglichen Lohnes mußten drei Baupersonen verhandelt werden. Der 1. Mai, der in Berlin alljährlich durch Arbeitsruhe gefeiert wird, wurde, ungeachtet der Befehle der Unternehmer, alle Mauerer am 2. Mai auszuheben, die am 1. Mai feiern, auch im verfloffenen Jahre durch eine impotente Arbeitsruhe gefeiert. Die Kollegen erhielten zum Zeichen, daß sie den 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert hatten, in der am Vormittag des 1. Mai abgehaltenen Versammlung eine Kontrollkarte ausgehändigt. Ausgegeben wurden für Mauerer, die dem Verbands angehören, 8105 Karten. Die Versammlung der Puzer war von circa 2500, und die der Sektion der Glaz- und Zementbranche von rund 2300 Personen besucht. Besonders zu erwähnen ist, daß die dem Verbands angehörenden Kollegen auf eine Unterstüttung für den 2. Mai, den die Unternehmer als Gegenemonstration bezeichneten, indem sie fast sämtliche Mauerer ausheberten, verweigerten, und zwar nicht aus Sparjamkeit-rücksichten, sondern, um den Beweis zu erbringen, daß sie, um die Meisterliebe immer weiter zu verbreiten, auch materielle Opfer zu bringen bereit sind. Wir sind überzeugt, daß dieser Beweis nach außen hin seine Wirkung nicht verfehlt hat.

Hoffentlich werden uns jene Leute, die sogenannten Mobilisten, die sonst überhaupt gegen jede Unterstüttungseinschränkung sind, auch bald folgen. Zu erwähnen ist weiter, daß durch den Streik der Bauführerarbeiter unsere Kollegen in 27 Fällen die Arbeit aussetzen mußten. Hierdurch erlitten 754 Kollegen einen Lohnausfall für 2121 Arbeitsstage. Durch den Kampf, der sich im vergangenen Jahre in der Elektroindustrie abgespielt hat, wurden 93 unserer Kollegen in Mitleidenchaft gezogen. An Unterstüttung wurden A 2541.95 ausgezahlt. Rechtschick wurde vom Zweigverein in 48 Fällen für 67 Kollegen bewilligt. Von diesen bezogen sich 26 auf Unfallschäden, 12 auf Straffallen, 8 auf angebliche Verleumdungen, 6 auf Lohnforderungen und eine auf Schadensersatz.

Außerdem mußte der Rechtschick in vier Fällen abgelehnt werden, weil es sich um Straffallen handelte, die weder etwas mit dem Arbeitsverhältnis noch sonst mit der Organisation zu tun hatten. An Krankentunterstüttung wurden A 24.216.50 gezahlt. Die Zahl der Erkrankten betrug im Berichtsjahre 1089. An erster Stelle der Krankheitsursachen steht Rheumatismus. Hals- und Lungenleiden, Unfälle resp. Arms- und Beinbrüche waren 270 Fälle zu verzeichnen. Von der Bibliothek kann berichtet werden, daß ihre Benutzung fortwährend größer wird. Der Referat ist in stetig Steigen begriffen; gelesen wurden 4189 Bücher. An Unterstüttungen wurden für die streikenden Bergarbeiter, Jagdrentenarbeiter und für die in der Elektroindustrie ausgeheberten Arbeiter und Arbeiterinnen A 10.948.65 gesammelt.

Am Anschluß an den Geschäftsbericht gab der Kassierer den Jahreskassenbericht, dem folgendes zu entnehmen ist: Die Einnahmen für die Zweigvereinskasse betrugen im Berichtsjahre inklusive Bestand vom Jahre 1904 A 577.489.83. Davon entfallen auf Eintrittsgelder und Beiträge A 431.800.25, auf Zinsen, Wucher, Provisos usw. A 24.824.03. Die Ausgabe betrug A 438.907.59. Der

nehmer von Steinfräsen ein Schreiben zu senden, worin sie aufgefordert werden sollen, sich bis zum 30. April d. J. zu entschließen, resp. die Forderung zu bewilligen, andernfalls den Herrn der Stahl vor die Tür gesetzt wird. Ferner brachte der Vorsitzende noch folgendes zur Kenntnis der Versammlung: Ein Meister von Steinfräsen hat sich bei der ersten Zusammenkunft der Unternehmer von Jork, Eichenbäume und Steinfräsen bei der Beratung über die von der untergestellten Forderung geäußert, er müsse wohl zu der Unterhandlung einen Revolver in die Tasche stecken. Dieser ist uns dieses zu spät zu Ohren gekommen, sonst hätten wir diesen laubaren Herrn, H. Behrens, Baugewerksmeister von Steinfräsen, bei der ersten Unterhandlung die Taschen durchsucht. Vielleicht ist er der Meinung gewesen, er käme mit Revolvern zusammen. Ein Baugewerksmeister von Steinfräsen, mit Namen J. Bösch, meinte, ob es denn das sein Mittel gäbe, diesen Vorstehenden H. Müller von Jork los zu werden? Wie lange Bösch wohl auf ein solches Mittel fassen wird? Hierauf wurde dann noch beschlossen, einen Brief an Jork zu schreiben, in dem die Unternehmer von Jork und Eichenbäume zu senden, worin sie aufgefordert werden sollen, sich bis zum 10. April d. J. zu entschließen, ob sie die Forderung bewilligen wollen oder nicht. Nachdem sich noch drei Gassen in den Verband hatten aufnehmen lassen, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Merseburg. Das Bedürfnis, sich einmal über ihre Lage auszusprechen, führte am 1. April circa 150 Personen in der Mitte der Mägeln zusammen. Die Versammlung war in dem Mägeln Lokalität beilagenegeben. Dadurch muß wohl den großen Herrn ein nicht geringer Schreck in die Glieder gefahren sein; denn eine einmal die Arbeiter aufeinanderkommen waren, hatte der Herr zu Dösch in den Besuch des Gendarmen erhalten. Zwar waren seine Bemerkungen, das Lokal abzutreiben, vergeblich; jedoch erreichte er aber doch, daß der Herr einen Brief folgenden Inhalts an den Einrufer dieser Versammlung schrieb: (wörtlich) „Teile dem Herrn Einrufer der Versammlung mit, daß in meinem Lokal zu Dösch nur Döschler Personen sprechen dürfen, aber keine fremden. Zu fremden Personen gebe ich mein Lokal nicht her. Sollten Sie andere Personen bestimmt haben zu sprechen, so bitte beschreiben Sie dieselben ab. Sollten für Döschler werden antwortet. Gustav Langraf, Gutsbesitzer.“ Daß etwas in der Luft lag, und daß wir mit einigen Gendarmen zu rechnen hätten, ahnten wir, und waren auch nicht so ganz unvorbereitet. Es waren zu dieser Versammlung der Vorsitzende des Zweigvereins Merseburg, Kollege Albert Müller, und noch einige andere Kollegen und Genossen erschienen. Da aber die Merseburger nun nicht während der Versammlung sprechen durften, wurde diese mit Absicht recht verkürzt. Es wurden nur die bescheidenen Forderungen der Maurer gelesen, und zwar verlangten diese für Arbeiten am Ort 85 $\frac{1}{2}$ für junge Arbeiter (unter 17 Jahren) 3 $\frac{1}{2}$ weniger, für Arbeiten außerhalb 8 $\frac{1}{2}$ mehr, für Arbeiten, die ein Übernachten, außerhalb erfordern, 40 $\frac{1}{2}$ für Sonntagsarbeit 60 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. Sodann wurde eine Kommission gewählt, die die notwendigen Arbeiten zu erledigen hat. Diese Verhandlungen nahmen vielleicht etwas mehr als eine halbe Stunde in Anspruch; dann folgte Schluß der Versammlung. Die Arbeiter blieben nun aber noch beisammen, um in zwangloser Unterhaltung die Zeit zu vertreiben. Was nun folgte, war allerdings nicht nach dem Sinn des überwachenden Beamten, obwohl die Sache an sich sehr harmlos war. Es entstand nämlich ein Frage- und Antwortspiel, „Müller und Schulte“, bei dem die Anwesenden trotz des vorherigen Verbotes, „Fremde dürfen nicht sprechen“, auf ihre Rechnung kamen. Es wurde über verschiedene Fragen gesprochen und das gesagt, was man vorher verhindern wollte. Der Beamte versuchte denn auch mehrmals, durch den Herr zu fragen und Antworten zu verhindern. Als der betreffende Herr sich absolut nicht mehr beruhigen lassen wollte, verließen die Anwesenden geschlossen das Lokal, um mit den auswärtigen Kollegen nach dem eine Stunde entfernten Bahnhof Mägeln zu gehen. Es war für den kleinen Ort eine imposante Kundgebung der Arbeiter, in so musterhafter und geschlossener Ordnung beisammen zu bleiben. Mögen sie auch weiterhin so brav zusammenhalten.

Noritz. In der letzten Mitgliederversammlung, die am 30. März tagte, wurde das Angebot der Unternehmer auf unsere Lohnforderung angenommen. Bewilligt wurde die gehobene Arbeitszeit und vom 1. April d. J. an ein Stundenlohn von 45 $\frac{1}{2}$, der sich am 1. Januar nächsten Jahres auf 45 $\frac{1}{2}$ erhöht und dann bis zum 31. Dezember 1907 in dieser Höhe verbleibt. Für Überstunden wird ein Aufschlag von 10 $\frac{1}{2}$ pro Stunde und für Nacht- und Sonntagsarbeit ein solcher von 15 $\frac{1}{2}$ pro Stunde gezahlt. Für Randarbeit wird bei voller Beschäftigung ein Stundenlohn von 33 $\frac{1}{2}$ gezahlt; auch wird etwaiges Feiertagslohn erstattet. Die Kündigungsfrist ist ausgeschlossen. In den Abenden vor den Hauptfesten ist eine Stunde früher Feierabend ohne Lohnabzug. Neububen, Aborte und ein Verbandstafel sollen auf allen größeren Bauten vorhanden sein. Nachregelungen dürfen nicht vorgenommen werden. Die Abmachungen haben Gültigkeit bis zum 31. Dezember 1907.

Ostereisen. Dienstag, den 3. April, tagte hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung, die von 64 Kollegen besucht war. Auf der Tagesordnung stand: „Die Lohnfrage“. Die Unternehmer böten uns in ihrem Schreiben vom 29. März für die kommenden zwei Jahre eine Lohnerhöhung von 2 $\frac{1}{2}$ pro Stunde; sollten wir aber ihr Angebot nicht berücksichtigen, so würden sie es wieder zurückziehen. Ohne unser schriftliches Zugeständnis halten sie eine weitere mündliche Aussprache mit unserer Lohnkommission für zwecklos. Die Versammlung lehnte das Angebot der Unternehmer ab. Einen Bescheid an die Unternehmer auf ihre Zuschrift vom 29. März hielt die Versammlung vor der Hand für unnötig. Um 9 Uhr wurde die Versammlung geschlossen.

Wien. Am 28. März tagte im „Volkshaus“ eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung. Tagesordnung: „Bericht der Lohnkommission über die endgültigen Vertragsverhandlungen“. Da der Bauhandwerker, Kollege Friedrich, durch anderweitige Arbeit verhindert war, an der Versammlung

teilzunehmen, so erstattete zunächst der Zimmerer, Genosse Dehmling aus Dresden Bericht über die gegenseitigen Verhandlungen. Es ging daraus hervor, daß für den ersten Lohnbezirk eine Lohnerhöhung von 2 $\frac{1}{2}$ pro Stunde eintreten soll, während im zweiten Lohnbezirk der zur Zeit bestehende Lohnfuß beibehalten werden soll. Im dritten Lohnbezirk dagegen gestalten sich die Herren Unternehmer einen kleinen Lohnabzug von 3 pro Stunde. Im übrigen, so wurde vom Baumeister Kemmiger in dieser Sitzung angeführt, seien nur sie (die Mitglieder der Lohnkommission) die Unzufriedenen und Geher. Den hiesigen Bauarbeitern sei an einer Lohnerhöhung gar nichts gelegen; sie seien vielmehr ganz zufrieden mit dem jetzigen Arbeitsverhältnis. Daß die Lohnkommission eine derartige Mißgünstigkeit von Vertrag nicht gutheißen konnte, war wohl selbstverständlich. Was aber diese Versammlung so überaus denkwürdig gestaltete, war, daß vier Baumeister und ein Bauführer (letzterer Vertreter des Baumeisters Kemmiger) uns mit ihrer Gegenwart beehrten, höchstwahrscheinlich, um die Versammlungsbesucher durch ihre Anwesenheit zu hypnotisieren, oder aber um sich zu überzeugen, ob die Unzufriedenheit tatsächlich von den Bräuer Bauarbeitern komme. In dieser Versammlung nun scheint den Herren ein kleines Talglicht aufgegangen zu sein; sie dürften auf der Überzeugung gekommen sein, daß die Behauptung des Herrn Kemmiger auf keinen Fall zutrifft; denn die hierauf folgende Debatte ließ darüber keinen Zweifel aufkommen. Eine große Anzahl Arbeitskollegen gab in ziemlich deutlicher Weise zu verstehen, daß wir einfach auf einen Vertrag verzichten, wenn die Herren auf ihrem Angebot beharren. Man mußte dann bei erster bester Gelegenheit zur Offensive übergehen. Auch das Baugeschäft, von H. Kemmiger ererbt, wird wieder einmal der ganz besonderen Aufmerksamkeit der Kollegen. Es wurde den Kollegen nahegelegt, auf diese seine Firma das Augenmerk ganz besonders zu richten, da es in diesem Geschäft seit einiger Zeit wieder einmal Unruhe ist, besonders tüchtige Kollegen an die Luft zu setzen. Hier scheint sich demnach wieder einmal eine Kapitalflucht notwendig zu machen. Von den anwesenden Unternehmern beteiligten sich besonders Baumeister Horn und Maurermeister Apelt an der Debatte. Ersterer erkannte unsere Forderung als berechtigt an, aber man müsse sich Zeit lassen und nicht alles auf einmal durchsetzen wollen; auch sei die Forderung zu spät eingereicht worden. Es sei ihnen unmöglich gewesen, sich mit ihren Ansprüchen danach einzurichten. Vom Kommissionsmitglied Dehmling wurden diese Behauptungen widerlegt. Die hierauf folgende geheime Abstimmung ergab denn auch ein der Versammlung würdiges Resultat: Für das Angebot des Arbeitgeberverbandes stimmten 28 Kollegen, dagegen stimmten 389 Kollegen. Unglücklicherweise waren vier Stimmen. Dieses Resultat wird den Herren zweifellos gezeigt haben, wo der Wind jetzt herkommt, und daß man sich in Bauarbeiterkreisen mit ihren vorläufigen Zugeständnissen nicht befremden kann.

Sonneberg. Sonntag, den 1. April, hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Versammlung ab. Der Bericht über die Agitation fand guten Anfang. Bei der Wahl der Stillschaffler wurde Kollege Schweitzer für Köppelsdorf, Stüttensteinach, Kollege Meusel für Mumpitz, Geibitz und Umgegend gewählt. Ueber die Lohnfrage hielt der Vorsitzende Graf eine längere Ansprache und führte den Kollegen vor Augen, daß wir in diesem Jahre unbedingt darauf zu setzen haben, daß wir bei denjenigen Meistern, die unsere Organisation noch nicht anerkennen, die zehnjährige Arbeitszeit und 40 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn erringen und dieses vertragmäßig festlegen. Ferner machte Kollege Graf einen ausführlichen Vorschlag betreffs Regelung der Fährten-schulden, da uns das hierzu gefällige Geld vom Kollegen Gehmann gezahlt wurde. Es wurde beschlossen, Anteilnahme von 60 $\frac{1}{2}$ auszugeben und diese später auszulösen. Ferner wurde auf Antrag des Vorsitzenden Graf beschlossen, daß Vorsitzende und Kassierer eine jährliche Entschädigung von 15, 10 und 8 bekommen. Kollege Gehmann hielt es hierauf für angebracht, sein Amt als Kassierer zu kündigen. In „Gerichtshaus“ wurde beschlossen, von jetzt an Wanderverbündungen abzuhalten, um die uns noch fernstehenden Kollegen heranzuziehen. Als nächster Versammlungsort wurde Wittenberg bestimmt. Als erster Punkt soll auf der Tagesordnung stehen die Wahl eines Kassierers. Hierauf wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Weißburg. Sonntag, den 1. April, tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Zuerst wurde die Lohnfrage erörtert. Die Kollegen wurden ersucht, dahin zu wirken, daß sie hier oder in der nächsten Umgebung in Arbeit kommen, damit wir, wenn der geeignete Moment zur Durchführung unserer Forderung gekommen ist, gerüstet dastehen. Hierauf wurde über die Brauerei Helbig diskutiert. In dieser Brauerei stehen die Brauer im Streit. Ein Kollege von Obersbach, Namens Friedrich Solber, Buch Nr. 624, der im vorigen Jahre noch Mitglied des Verbandes war, hat nun nichts Geringeres zu tun gehabt, als den Brauern in den Rücken zu fallen und sich der Brauerei als Streikbrecher zur Verfügung zu stellen. Dieses unglückliche Verhalten dieses Kollegen wurde allgemein bedauert. Es wurde alsdann beschlossen, das Bier dieser Brauerei zu boykottieren.

Waltersleben. In dem in der Organisation etwas zurückgebliebenen Südbau machen sich Anzeichen für eine lebhaftere Bewegung bemerkbar. Dies war für den hiesigen Zweigverein auch Veranlassung, in dem benachbarten Noritz (S. 4) am 26. März eine öffentliche Bauhandwerker-Versammlung zu veranstalten und hierzu den Bauhandwerkern, Kollegen Gehnt aus Erfurt, einzuladen. In einem anderthalbstündigen Vortrag legte Kollege Gehnt den zahlreich erschienenen Kollegen den Wert der Organisation klar, wofür ihm lebhafter Beifall spendiert wurde. Der Erfolg dieser Versammlung war, daß sich zahlreiche Kollegen zum Eintritt in den Verband meldeten, obgleich schon viele Sachverständige unseren jungen Zweigverein angehören. Hoffen wir, daß diese jungen Mitglieder dem Verbande treu bleiben, dann wird es uns auch gelingen, unsere gerechte Sache bald zum Siege zu bringen. Einige Anhänger der Lokalorganisation waren auch in der Versammlung an-

wesend, um Prospekten für ihre Idee anzuhängen. Da sie aber kein Geld für ihre Tätigkeit voranden, zogen sie wie die begossenen Rüden wieder von dannen.

Zentralrankenkasse.

(Grundstein zur Einheit.)

In der Woche vom 1. bis 7. April sind folgende Beträge eingegangen: Von der dritten Verwaltung in Charlottenburg M. 1000, Krieg 200, Epenold 200, Bellen i. d. Mark 200, Mittenwalde 100, Königsheim (Tannus) 87,81, Moorburg 80, Schwarlau 82,20, Forst i. d. Lausitz 75, Reglin (Sabel) 70, Cöstin 50, Bregenzheim 46,75, Wittenberge 12,17, Summa M. 2202,88. Zufuß erhielten: Leibsch M. 400, Döberan 200, Mathemow 100, Wittenberge 100, Raibach 100, Groß-Reutenhof 100, Schwedt 100, Sagen i. Westf. 80, Eggenstedt 60, Lutter a. Elbe 50, Wollenbühl 50, Dahlenburg 50, Rippoldsweiler 40, Summa M. 1580.

Altona, den 9. April 1906.

Karl Reih, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterschutz, Submillionen etc.

(Die Preisverleihungsvorstände werden dringend ersucht, über alle in ihrem Bezirk bekannt werdenden Unfälle, mit kurzer Angabe der Beteiligten und der überlebenden Folgen, umgehend an den „Grundstein“ zu berichten. Ebenfalls über die aus Unfällen resultierenden Gerichtsverhandlungen, sowie über den Erfolg von Arbeiterschutzbestimmungen und über Submillionenverträge.)

Und wieder der Hamburger Zentralbahnhof.

Schon des öfteren haben wir Unfälle vom Bau des Hamburger Zentralbahnhofes melden müssen. Fast immer ereigneten sie sich bei der Aufstellung der schweren Eisenkonstruktion. Auch jetzt wieder, bei dem jüngsten außerordentlich schweren Unfall ist es so. Am 5. April, Nachmittags gegen 6 Uhr, stürzten drei Arbeiter, die mit Nietarbeiten bei der Verbindung der östlichen Seitenhalle mit der Mittelhalle beschäftigt waren, 15 m tief herab. Zwei waren sofort tot, der Kopf war bei beiden völlig zertrümmert, der dritte von ihnen war ebenfalls schwer verletzt, daß er ebenfalls nach zwei Stunden starb. Alle drei waren junge unterbetrachtete Leute aus der Gegend von Düsseldorf. Ein Freund unseres Blattes, der wenige Minuten nach dem Unfall auf der Unfallstelle war und noch die Leichen liegen sah, gibt uns über die Ursachen dieses erschütternden Unglücks eine Darstellung, der wir folgendes entnehmen. Die drei verunglückten ihre Nietarbeiten von einem Sängergestell aus. Das Gestell war außer den Arbeitern nur mit einem kleinen Eimer voll Nieten und einer Axt mit etwas Sandwerkzeug besetzt. Die Säule des Gestells waren an den eisernen Konstruktionsstellen teilweise mit eisernen Gabeln, teilweise mit Drahtsträngen von etwa 12 mm Stärke befestigt. Einer davon gab nach, worauf das Gestell mit allem was darauf war in die Tiefe, auf den mit Geräten und Eisenteilen aller Art bedeckten Bahnkörper stürzte. Ob der Drahtstrang gerissen ist, oder ob sich die Verankerung daran durch die fortwährend rüttelnde und störende Bewegung des Sängergestells löste, konnten wir bisher nicht mit Gewißheit feststellen. Sowie ich erwiehlen: der Drahtstrang fiel mit herunter, aber eben sich ein Mensch der in ihrem Blute schwimmenden Verunglückten annehmen, war er bereits verunglückt. Auf Veranlassung unseres Gewährsmannes brachte ihn ein Arbeiter zwar wieder herbei, jedoch nahm ihn dann sofort ein anwesender Schutzmann in Verwahrung. Der betreffende Arbeiter behauptet, daß der Strang gerissen sei. Das würde allerdings zu dem Schluß zwingen, daß er völlig untauglich gewesen sein muß.

Bei dieser Gelegenheit ist noch etwas anderes herausgekommen: Ein Arbeiter, Janda, ist, als er sich einmal weigerte auf einem unzureichenden Gestell zu arbeiten, sofort entlassen worden! Die Arbeiter auf dem Zentralbahnhof bezeichnen den Bau mit dem vielgeliebten Namen: der eiserne Galgen! Angesichts des hier geschilderten, doch gewiß recht schweren Unfalls sollte man nun wohl annehmen, daß jetzt Vorkehrungen getroffen würden, um derartige Katastrophen wenigstens in Zukunft zu verhindern. Aber am Morgen nach dem Unglück arbeiteten auf der anderen Seite der Mittelhalle auf einem ebenso hergestellten Gestell drei Arbeiter ruhig weiter. Andere turrten zwischen dem Gerippe herum, hämmerten und häutierten ohne jegliches Gerüst, ohne jegliche Schutzvorrichtung, und das in einer Höhe von reichlich 20 m!

Die ganze Arbeitsmethode auf dem Hamburger Zentralbahnhof ist nachgerade zu einem Skandal geworden. In ganz Hamburg wird kein Bauhandwerkerüberläufer aufzutreiben sein, der diese Arbeitsweise billigt, höchstens mit Ausnahme der Bauleitung und der Eisenbahnbehörde, die Strafanklag gegen uns gestellt hat, weil wir das bürgerliche Verbrechen beim richtigen Namen nannten. Sie will sich rechtfertigen gegen unsere Vorwürfe; jetzt dürfte aber auch bei ihr die Erkenntnis aufdämmern, daß ihr das sehr schwer fallen wird. Von anderer Seite wird uns versichert, daß der ganze Bau bisher sieben Menschenleben gefordert habe.

Siehen! Menschenleben! Mit jedem Menschen stirbt eine Welt von Gedanken. Sieben Leben vernichtet, die nicht wieder ersetzt werden können, die ein Daseinsrecht hatten ebenso gültig wie das derer, in deren Diensten es endete. Gewiß, die beiden jungen Arbeiter, die sofort tot waren, haben einen

schnellen, vielleicht auch einen schmerzlosen Tod gehabt, aber läßt die Kunde von ihrem jähen Ende nicht dort hinten am Rhein ein Mutterherz sich zusammenkrampfen vor Schmerz über die vernichtete Hoffnung, den vernichteten Stolz, wird den Eltern nicht das ganze Leben lang der schreckliche Tod ihres Sohnes vor Augen stehen? — Wer aber ist nun hier der Schuldige, auf wessen Konto kommt diese neue Wusthaube? Ist hier der Vorwurf Genuß gegeben, wonach die Materialien, die zu Sängerkörnern verwandelt werden, einer ganz besonders sorgfältigen Prüfung zu unterliegen sind? Wer die Arbeitsweise auf dem Bau des Zentralbahnhofes kennt, wird nicht lange nach der Antwort suchen.

Ein Massenunglück infolge Baueinsturzes.

In dem reizend gelegenen Schwarzwaldstädtchen Nagold hat sich am 5. April ein graufiges Massenunglück zugegetragen. Der durch die Gebung und Veranschaulichung bewohnter Gebäude bekannte und in den meisten seiner bisherigen Unternehmungen glückliche Baumeister Ludwig Bauer in Stuttgart sollte den Gasthof „Zum Hirschen“ um 1,00 M. heben, um einen Saal zu gewinnen. 70 Arbeiter (Maurer, Zimmerer und Hilfsarbeiter) waren dabei beschäftigt; um 7 Uhr war mit der Arbeit des Hebens begonnen worden, und das Werk war beinahe vollendet, als um 1 1/2 Uhr das Haus plötzlich auf sich zu schwanzen und dann mit donnerähnlichem Krach in sich zusammenstürzte. Als ein unverantwortlicher Leichtsinnszug bezeichnet werden, daß man die schon an und für sich große Gefahr dadurch erhöhte, daß circa 200 Personen als geladene Gäste während des Hebens im Innern des Gebäudes eine Art Freudenfest feierten. Der Einsturz des Gebäudes rief natürlich eine ungeheure Panik hervor. Ein hochher, 20 m. langer Schulhaufen bildete den Schauplatz des furchtbaren Unglücks. Die Gloden der Nagolder Kirche läuteten Sturm, die umliegenden Ortschaften wurden alarmiert, die Feuerwehren der Stadt und der umliegenden Ortschaften eilten herbei, und in kurzer Zeit begann eine fieberhafte Tätigkeit auf dem Unglücksplatze. Die zuerst ausgegrabenen Personen waren noch lebendig, aber bereits nach drei Stunden hatte man 45 Tote gefunden. Männer, Frauen und Kinder jeden Alters befanden sich unter den Toten. Am 6. April waren 46 Leichen geborgen, und vier Schwerverletzte starben bald nach ihrer Befreiung aus den Trümmern. Bis Abends 7 Uhr zählte man außerdem 80 Schwerverletzte, während über die Zahl der Leichtverletzten noch kein Überblick zu erlangen war. Von den Toten werden zehn als Maurer, einer als Gipser und drei als Zimmerer bezeichnet. Die meisten Totenopfer hat das Unglück von den Gästen gefordert.

Ueber die mutmaßlichen Ursachen des Einsturzes schreibt die „Schwarzwald-Zeitung“: Es liegen zweifellos die allerschwersten Verletzungen der Verbänden sowohl als des Leiters der Gebräuerarbeiten, des Baumeisters Ludwig Bauer, vor. Die Arbeiter, die die Willkür von viel leicht 80 bis 100 durch eigene geschulten Leuten erfordert, nur eine eigene Gehilfen von Stuttgart mit nach Nagold gebracht, die übrigen Posten besetzte er zum Teil mit den Leuten eines Baumeisters von Nagold, zum Teil mit Privatpersonen, die vielleicht nie mit einer ähnlichen Arbeit zu tun gehabt haben. Mitglieder des Nagolder Turnvereins und des „Niedertranges“ stellten sich ihm zur Verfügung, und er nahm sie alle an. Fraglich ist, ob überhaupt eine gründliche Inspektion der Gebung vorausgegangen ist; aber sie allein würde auch nicht genügen, gewissenhafte Überwachen müssen vor einem solchen gefährlichen Experiment für die erforderliche Sicherheit sorgen. Um indessen von dem ausübenden Preis der Gebung, der etwa 4000 betragen haben mag, einen recht großen Reingewinn zu erzielen, letzte Ludwig Bauer das Leben seiner Hilfskräfte aufs Spiel; und nicht nur das, er war gewissenlos genug, auch den Wirtschaftsbetrieb während der Gebung zu gestalten und zu leiten, daß sich eine große Menge von Menschen im Hause aufhielt und den in der Luft schwebenden Staub schmerzlich empfand.

Doch trifft die Schuld nicht ihn allein. In Baden-Baden hat Ludwig Bauer bereits einmal Mißgeschick bei seinen Arbeiten gehabt. Das dürfte den württembergischen Verbänden nicht unbekannt sein. Doch bei dem wie ihm wollte: auf jeden Fall ist bei einem solchen Unternehmen zu sorgen für die Entfernung aller Menschen, deren Willkür nicht erforderlich ist, und für eine amtliche fachmännische Überwachung der ganzen Arbeit. Nichts von alledem ist geschehen. Der Oberamtmann war im Augenblick des Unglücks nicht in der Stadt, der Stadtschultheiß ging im „Stich“ aus und ein und kam selbst in Gefahr; nur für Fuhrwerke waren die Straßen abgesperrt, für Personen aber war der Verkehr am und in dem Gebäude ein ungehemmter. Die Untersuchung, die nun im Gange ist, wird sich auch darauf zu erstrecken haben, wen nach dieser Tätigkeit die Verantwortung trifft. Wir fürchten, daß sowohl die Verhältnisse als die höheren Verbänden sich nicht werden rein waschen können von der Schuld am dem furchtbaren Ereignis, das namenloses Unglück über Tausende von Familien gebracht hat.

Berlin. In Wilmersdorf, in der Berliner Straße 105, ist zum 1. April ein Neubau soweit fertig geworden, daß die Mieter einziehen sollten. Komisch mußte ihnen aber die Eröffnung scheinen, daß sie nicht einziehen dürfen — wegen drohender Einsturzfürsorge des Hauses! Manche mühen mit dem Kopf geschüttelt haben, daß ein erst neu aufgeführtes Haus schon vor dem Gebrauch eine Gefahr für die Einwohner bietet. Und doch ist dem so. Dieser Neubau ist von einem Herrn Wilhelm Gimpel für die Zimmermeister Albers in Wilmersdorf aufgeführt worden. Die Maurer haben, um recht viel Geld zu verdienen, darauf los geschuftet. Genügend Aufsicht war nicht vorhanden, da ja diese Unternehmer etwas anderes zu tun haben, als nach guter Arbeit zu sehen. Auf diesem Bau sind die wichtigsten Regeln der Baukunst und alle technischen Vorschriften außer acht gelassen; von einem regelrechten Steinverband ist keine Rede. Im Keller sind die Hauptpfeiler so schlecht gearbeitet, daß sie dem Druck der Last von oben nachgeben. Rings herum nur einen Stein hart gemauert, sind sie inwendig

ohne den nötigen Mörtel aufgeführt. Lose sind die Steine aufeinander geschichtet, weshalb sie jetzt wie Schutt auseinander bröckeln. Zeigen sich an dem Hause in den oberen Etagen schon Risse und Sprünge, so ist im Keller die Baufälligkeit so fortgeschritten, daß die Hauptpfeiler jetzt neu aufgeführt werden müssen. Die Vorarbeiten dazu sind schon getroffen. Jetzt wird das Haus zwecks Umbau schon abgeleitet. Der Leser wird fragen, ob die Aufsichtsbehörde diese Pfuscharbeit nicht gesehen hat? Allem Anschein nach nicht; sonst müßte der Bau schon im Anfang inhibiert worden sein. Daß auch bei der Umbauabnahme niemand darauf geachtet ist, nimmt uns weiter nicht wunder bei der Auffassung der Behörde über die Altbauarbeiten. Ost wurden Maurer bei Mängel der Ausführung Mißstände von den Behörden nur aus Mache gegen den Unternehmer erstatet. In solchen Fällen wurde die Unternehmung strittig abgelehnt. Der beste Beweis ist der Fall bei dem „Schillertheater“ in Charlottenburg. Dort wurden die Zimmermaurer ausgeperrt, weil sie gute Arbeit hinsetzen wollten. Die Antreiber des Unternehmens wollten nur viel Steine verarbeitet haben. Dies verlangte Quantum konnte nicht im Interesse der guten Arbeit geleistet werden; dazu gaben sich die Maurer nicht her. Im Interesse der Stadt und des Resultats war ihre Entlassung und die Einstellung von Altbauarbeitern. Im vorliegenden Fall hat ja nun die Behörde den besten Beweis, was die Altbauarbeit führt. Wir wollen hoffen, daß sie das berechtigete Bestehen der Arbeiter, derartige das Allgemeinwohl schädigende Auswüchse auszurotten, nach bestem Können unterstützt. Ein besonders drastischer Fall, der die Privilegien der Altbauarbeiter im höchsten Maße zeigt, spielte sich am 5. April in Neidenborf ab. Dort fingen auf einem Bau zugleich mit organisierten Maurern etliche Altbauarbeiter in Lohn an zu arbeiten. Von den Organisierten fortgesetzt darauf hingewiesen, sich zu organisieren, zogen sie es vor, auszuweichen. Um den Organisierten aber nun auch das Weiterarbeiten auf dieser Baustelle unmöglich zu machen, ließen sie den Bau von der Polizeibehörde wegen mangelhafter Ausführung der Arbeit inhibieren. Als Beweis diente ihnen die von ihnen selbst ausgeführte mangelhafte Arbeit. In diesem Vorgang spiegelt sich die ganze Charakterlosigkeit der Altbauarbeiter.

Braunschweig. Am 8. April, Vormittags 11 Uhr, stürzte an dem Neubau des Wäldersheimer Junter in der Postgasse eine Kellerecke ein, die die den Kellern Karl Reimter unter sich begrub. Bei der Eingangsöffnung der Kellerecke ist auf Veranlassung des Polizeiwärters mit einer ungeschicklichen Unternehmung zu Werke gegangen worden. Man mußte als Untergründer unter die Träger Rüstbretter nehmen, statt der sonst üblichen vierkantigen Hölzer. Diese Rüstbretter wurden mit nur millimeterstarken Fußboden, den man nur sechs mal um die Bretter herumgewandelt hatte, unter die Träger gehängt. Weitere Abstützungen oder Befestigungen wurden nicht gemacht. Schon beim Einklinken des Betons rissen einige Trägere. Als nun Kellerecke Reimter unter die Erde ging, um Abstützungen vorzunehmen, stürzte die Erde ein und begrub B. unter sich. Galtte dieser nicht gerade auf einem hohen Erdbau gefahren, so daß er mit der Hand an die Erde reichen konnte, wäre er auf alle Fälle erschlagen worden, denn die übrige Kellerecke beträgt von der Sohle bis zur Erde circa 3 m. Er litt schwere innere Verletzungen, und das linke Bein wurde aus dem Gelenke gedrückt.

Burgstädt. Am 4. April ereignete sich auf dem hiesigen Gasanstaltsbau ein Unglück, bei dem die Maurer D. Gartenbach leicht und A. Warbel sehr schwer verletzt wurden. Sie waren damit beschäftigt, einen 4 m tiefen Grund auszumauern, als die obere Erdbank abrutschte und die zwei Maurer verschüttete. Ob das Unglück durch den Frost oder durch die mangelhafte Abstützung entstanden ist, wird die Untersuchung lehren.

Danzig. Durch einen Sturz aus der zweiten Etage in den Keller zog sich der Kollege Witt am 26. März an dem Körnerhies Neubau in der Schöngasse eine Rückenverletzung zu. B., der eine Tür anlegen wollte, war, um das richtige Maß festzustellen, eine Etage tiefer gegangen, um die untere Tür zu messen. Hierbei stürzte er, da die Einstübe nur teilweise eingemauert war, infolge eines Festtritts ab. Bei dieser Firma mehren sich die Unfälle in erschreckender Weise. Erst kurz vor Weihnachten stürzten zwei Kollegen mit dem Griff zusammen. Davon ist der eine tot, der andere ein Krüppel. Geschafft kann dieser Firma natürlich nie genug werden. „Das genügt mir nicht“, heißt es einfach.

Silbshelm. Ein trauriger Unglücksfall, dem drei Menschen zum Opfer fielen, ereignete sich Samstag, den 31. März, in der Gasse, in dem vom Maurermeister Knaproth-Wortberg noch nicht fertig gestellten neubauten Wohnhaus. Am genannten Tage wollten die Frau des Bauherrn sowie dessen Schwiegermutter und die Frau des Arbeiters Käsel die Wohnungen ansehen und um sich die Ansicht zu betraden, betreten sie einen Balken in der 3. Etage. Kaum hatten die drei den Balken betreten, so brach die Betondecke, durchsagte die Decke des darunter befindlichen Balkens und riss alle drei mit in die Tiefe. Dabei wurde die Frau Käsel schwer verletzt, so daß sie an den Folgen der Verletzungen im Laufe der Woche gestorben ist. Bei den beiden anderen ist Hoffnung auf Erhaltung des Lebens vorhanden. Die Schuld an dem Unglück trägt zweifellos der Maurermeister Knaproth, der den Beton auf Drängen des Bauherrn, den Bau acht Wochen früher fertig zu stellen, als veranschlagt, bei Frostwetter machen ließ. Auch den Polier Wehmeier, einen ehemaligen „Arbeitswilligen“, trifft ein Verhängnis, da er die Decke anstahlen ließ, obwohl er darauf aufmerksam gemacht wurde, daß der Beton gefroren war. Gegen den Maurermeister Knaproth-Wortberg ist Strafanklage gestellt worden.

Vosen. Am 6. April stürzte bei dem Umbau Hedwigstraße 15 ein Mauerpfeiler ein. Der Mauerpolier Friedr. Höfing wurde dabei verletzt, daß er mittels Krankenwagens zum Krankenhaus geschafft werden mußte.

Aus anderen Berufen.

* Streiks und Aussperrungen. Die Interessenkämpfe zwischen Kapital und Arbeit sind schon wieder auf der ganzen Linie entbrannt. Das ist nach Lage der Dinge nur zu erklärlich. Mit Recht ist die Arbeiterkraft befreit, die Schäden, die ihr durch die neue agrarische Politik zugefügt werden, wieder auszugleichen, und zwar auszugleichen auf dem für sie einzig gangbaren Wege, durch Erhöhung des Lohnes. Dies Streben wird durch die gute Geschäftslage wesentlich begünstigt. Von den größeren Arbeitskämpfen erwähnen wir noch, soweit wir es nicht schon getan haben, den Streik der Male in Berlin, die in der Hauptstadt eine Erhöhung des Stundenlohnes fordern. Am Streik sind 7900 Gehilfen beteiligt; von den circa 1800 Malermeistern haben 500 die Forderungen schriftlich anerkannt, wodurch 1800 Gehilfen zu den neuen Bedingungen arbeiten können. Um ihre Berliner Kollegen herauszuholen, tragen sich die Hamburger Malermeister mit der Absicht, ihrerseits eine Auswanderung der Gehilfen vorzunehmen. In Hamburg besteht zwar ein Arbeitsvertrag für das Malerhandwerk, aber die Malabere haben trotzdem große Lust dazu. Sie werden sich aber wohl die Sache noch einmal überlegen. Der Streik der Seeleute in Hamburg zieht ebenfalls in wachsendem Maße das Interesse der Öffentlichkeit auf sich. Die Forderungen der seemannlichen Arbeiter gipfeln besonders darin: Erhöhung der Steuern um 6 pro Mille, Befolgung der geforderten Schutzvorschriften und Anerkennung der Organisation.

Der Verein der Reederei hat zwar in einem Ulaß bekannt gegeben, daß er die Monatsgehälter erhöhen will, er weigert sich aber, mit der Organisation zu unterhandeln. Dies Wankern hat gar keinen Erfolg gehabt, die Seeleute haben sich dadurch nicht wandern lassen. Die Mannschaften der von See kommenden Schiffe schließen sich fast vollständig dem Streik an. Einen gewaltigen Kampf müssen die Metallarbeiter in der Reichshauptmannschaft Dresden führen. In der Wärmekraftmaschinenfabrik von Diesel und Kade in Witten haben 80 Monteurs die Arbeit niedergelegt, weil ihnen dort selten der Firma das Organisations- und Koalitionsrecht abgesprochen wurde. Der Verband der Metallindustriellen der Reichshauptmannschaft Dresden erklärte sich mit der Firma solidarisch und beschloß in einer Sitzung vom 26. März die Ausschließung sämtlicher aller organisierten Metallarbeiter am 4. April, wenn die in den Ulaß getretenen 80 Monteurs die Arbeit bis dahin nicht aufgenommen hätten. Die Streikkommission hat den Metallindustriellen ihre Forderungen in vier Punkten unterbreitet, worin von der Firma Diesel und Kade Anerkennung der Organisation, Gewährung des freien Koalitionsrechts, gleiche Behandlung der organisierten und nichtorganisierten Arbeiter, sowie allmähliche Wiedereinstellung sämtlicher Streikenden, nach Bedarf verlangt wird, mit der Maßgabe, daß fremde Arbeiter nicht eingestellt werden, solange noch ein Arbeiter der gewünschten Branche auf seine Wiedereinstellung wartet. Die Firma lehnte es ab, die Streikenden alle wieder einzustellen; damit war der Konflikt gegeben. Gingu kam noch, daß auch die Formen in mehreren Betrieben in Verfolg ihrer Forderungen zum Streik schritten. Die Unternehmer haben ihre Drohung bereits infolgedessen wahr gemacht, als am 9. April in Dresden 12000—13000 Arbeiter ausgesperrt waren. Leider ist die Leitung des Hirsch-Dünckerischen Gewerkschaftsvereins den Fabrikanten zu Hilfe gekommen, indem sie ihre Mitglieder anwies, die von den Fabrikanten vorgelegten Bewerbe zu unterschreiben. Glücklicherweise ist ihre Zahl so klein, daß sie nicht allzu sehr ins Gewicht fällt.

* Der Metallarbeiterverband veröffentlicht seine Jahresabrechnung für 1905. Die Mittelgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 259 692; das sind mehr gegen das Vorjahr 60 728. Wie stark auch dort die Inflation ist, geht daraus hervor, daß im ganzen Jahre 149 309 Aufnahmen gemacht wurden; es sind also nur 40 p. der eingetragenen Mitglieder des Verbandes geblieben. Der Nachweis über die finanziellen Ergebnisse des Jahres geht ebenfalls höhere Differenz. Die Abrechnung bilanziert mit M 5 647 418,30 (1904: M 5 517 307,48). Die Reineinnahme war M 5 107 717,41 (M 3 309 887,80); im einzelnen: Beitragsgelber M 71 995,00 (M 54 800,70), Beiträge 4 089 576,40 (M 3 226 803,10), sonstige Einnahmen M 846 145,71 (M 28 718,01). Die Reineinnahme ist somit gegen 1904 um M 1 797 629,25 gestiegen, davon ergaben die Beiträge mehr: M 1 402 772,95.

Von den Ausgaben entfallen auf Reisegeld M 247 872,18, Arbeitslosenunterstützung M 480 187,58, Streikunterstützung M 2 084 549,02, Rechtshilfe M 81 801,17, Mahngelungen M 103 504,55, besondere Notfälle M 70 623,20, Umzugsunterstützung M 51 421,02; zusammen M 8 119 019,27.

Zu der für Kampfzwecke aufgewandten Summe kommen aber noch M 743 721, die von den Lokalkassen dafür ausgegeben wurden. Der Vermögensbestand des Verbandes war am Ende des Jahres trotz der großen Ansprüche, die an die Kasse gestellt worden waren, immer noch derartig, daß die Kasse geestlich worden waren, immer noch derartig, daß die Kasse geestlich werden wie gewisse „Führer“ der gegnerischen Arbeiterorganisationen. Das Vermögen betrug (ohne die Lokalkassen gehörigen Bestände) M 2 177 198,44 (M 1 543 353,13), mehr gegen das Vorjahr: M 636 845,31.

Der Seemanns-Kongress. Die wichtige Frage des gesetzlichen Arbeiterrechtes ist vor drei Jahrzehnten bereits von der organisierten sozialistischen Arbeiterkraft Deutschlands — nach dem von der englischen Arbeiterorganisation gegebenen Beispiel — zur Erörterung gebracht und seitdem vielfach den Regierungen und gelegentlichen Körperschaften zur Regelung vorgelegt worden. Eine hervorragende umfassende und energiegelade Tätigkeit in dieser Richtung haben bekanntlich nun schon viele Jahre hindurch die Organisationen der bauseigenen Arbeiter entfaltet. Sie dürfen als führend und bahnbrechend auf diesem Gebiete gelten, was sich aus der besonderen Gedächtnis der Arbeit im Vauvertrieb ohne weiteres erklärt. Was bis jetzt durch Krieg, Verwaltungsbeschränkungen und berufsständischen Maßnahmen an Arbeiterrecht gemindert worden, ist durchaus unzureichend, weshalb die Arbeiterorganisationen ihre Forderung nach Ausgestaltung dieses Schutzes immer energischer ergeben müssen.

Zu den Berufen, die mit erheblichen Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiter verknüpft sind und in denen trotzdem der Arbeitsschutz sehr viel zu wünschen übrig läßt, gehören die Schiffsahrt und der Schiffbau. Angeregt vom deutschen Seemannsverband hat nunmehr vom 18. bis 21. März in Berlin der erste allgemeine Schiffsahrtkongress der in der Schiffsahrt und im Schiffbau beschäftigten Arbeiter stattgefunden. Er war von circa 200 Delegierten in der Weiracht kommenden gewerkschaftlichen Organisationen besucht. Der Einladung an die Fraktionen des Reichstages zur Teilnahme an dem Kongress hatte nur die sozialdemokratische durch eine Delegation entsprochen. Die Seefahrtsgewerkschaft, die doch in erster Linie moralisch verpflichtet gewesen wäre, sich betreten zu lassen, hatte das abgelehnt. Der Staatssekretär des Innern Graf Polakowsky sprach in einem Schreiben sein „Bedauern“ aus, daß er der Einladung, sich an den Verhandlungen zu beteiligen, nicht entsprechen, auch seinen Vertreter schicken könne. Dieses Verhalten des Herrn Ministers für Sozialpolitik entspricht genau dem, was er schon mehrfach anderen Arbeiterkongressen, die „sozialdemokratisch“ sind, so auch den Banarabergkongressen gegenüber beobachtet hat. Wozu kann die gewerkschaftliche Sozialpolitik sich kaum konpromittieren, als durch sich eine Propaganda. Wenn Unternehmer oder „Christliche“, „gutgesinnte“, „patronale“ Arbeiterorganisationen Rundgebungen veranstalten, da hat die Regierung immer Zeit und da gereicht es ihr immer zur besonderen Ehre, vertreten zu sein. Sozialdemokratische Arbeiter dürfen auf diese Maßnahme nicht rechnen.

Hervorgehoben zu werden verdient, daß die Vorstehenden des Vereins deutscher Kapitäne und Offiziere, der Verband deutscher Seemannskassen und des Verbandes deutscher Seeschiffervereine an den Verhandlungen teilnahmen.

Ein gründlicher Weise wurde die soziale und rechtliche Stellung der seemannischen Arbeiter vom Referenten, Paul Müller-Samburg, erörtert. Er schilderte eingehend die Gefahren, Leben und Ungleichheiten, denen diese Arbeiter ständig ausgesetzt sind. Eine Resolution, in der gefordert wird, daß die Regierung der schweren Mängel abgeholfen wird, fand einstimmige Annahme.

Angenommen wurden weiter zwei Resolutionen, betreffend die Arbeitsverhältnisse der Hafenarbeiter, Alimonschiffen etc. Zu der einen wurde für diese Arbeiter gefordert:

1. wirksame Schutzbestimmungen für das gesamte Deutsche Reich;
2. die Festlegung einer Maximalgrenze für die im Schiffsbau zu leistende Arbeitszeit;
3. Anstellung von Hafeninspektoren durch das Reich zur Überwachung der erlassenen Vorschriften und Bestimmungen;
4. Anstellung von Alimonschiffen, deren Wahl durch die Berufsorganisationen vorgenommen ist;
5. Bestimmungen über die Verschaffenheit einzuführender sanitärer Einrichtungen zum Schutz der Arbeiter bei Unglücksfällen.

Bisher haben derartige Vorschriften oder Bestimmungen fast nirgend bestanden oder aber sie sind nicht zur praktischen Durchführung gekommen. Solange das Beschäftigte darüber, daß derartige Vorschriften erlassen werden sollen oder nicht, den einzelnen Landesregierungen überlassen wird, wird eine durchgreifende Verbesserung nicht eintreten.

Die zweite Resolution bestimmt, es sei bei Regierung und Reichstag dahin zu wirken, daß

- a) durch Bundesrechtliche Verordnung oder Reichsgesetz bestimmt wird, daß sowohl der Minnischleppschiffahrt als auch der Minnischleppschiffahrtbetrieb den Bestimmungen der Sonn- und Festtagsruhe unterworfen wird. Wodurch in Bezug zu nehmen auf den Minnischlepp- und Grachtschiffahrtbetrieb der deutschen Minnischleppschiffahrt, wie schiffbaren Flüsse, Ströme und Kanäle;
- b) den Mannschaften der Schlepp- und Grachtschiffe im Minnischleppschiffahrtbetrieb, wenn sie an Bord logieren, eine nächtliche Ruhepause von sechs Stunden gewährt wird, wenn nicht durch ein wirtschaftliches Nachsehen eine anderweitige Regelung der Nachtruhe;
- c) für Schlepp-, Minnischlepp- und Grachtschiffe durch Bundesrechtliche Verordnung oder Reichsgesetz ein Maximalarbeitszeit von höchstens 12 Stunden festgelegt wird;
- d) für Dampfschiffe, die auf Strömen, Flüssen oder Kanälen zur Verbesserung von Personen dienen, eine Arbeitszeit von höchstens 12 Stunden festgelegt wird, bei längeren Fahrten ist für Abwechslungsmannschaft zu sorgen;
- e) den Mannschaften aller zur Verbesserung von Personen am Sonn- und Festtagen verwandten Fahrzeuge ist alle zwei Wochen eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden zu gewähren. (Diese Ruhepause kann auch auf einen Wochentag verlegt werden.)

Im Anschluß an ein die Unfall- und Erkrankungsgefahr der Arbeiter auf den Werften behandelndes Referat des Arbeitsschutzsekretärs Wiesel-Güdel wurde eine Resolution angenommen, in der die Regierung aufgefordert wird, so schnell wie möglich dem Bundesrat und dem Reichstag einen Entwurf vorzulegen, worin ausreichende Bestimmungen zum Schutze von Leben und Gesundheit der in Schiffbaubetrieben beschäftigten Arbeiter enthalten sind. In diesem Entwurf müssen unter anderem Bestimmungen enthalten sein, wonach:

1. Die Arbeiter berechtigt sind, aus ihren Reihen Kontrollanten zu bestellen, die den Auftrag haben, Gerüste, Stelagen, Arbeitsmittel und Werkzeuge vor der Benutzung auf ihre Sicherheit zu prüfen und die sanitären und hygienischen Einrichtungen (Ventilation, Beleuchtung gefährlicher Stellen usw.) auf genügende Beschaffenheit und Menge zu untersuchen; ferner die Feuersicherheits, den Beginn oder die Fortführung der Arbeit zu verhindern, solange die genannten Einrichtungen nicht in genügendem Maße vorhanden oder im Verlauf der Arbeit soweit unbrauchbar geworden sind, daß sie nicht genügen Schutz vor Unfall- oder Erkrankungsgefahr bieten;
2. Vorschriften zur Verkürzung der Arbeitszeit sowie zur Einschränkung der Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit enthalten sind;
3. gefährliche Arbeiten ausschließlich in Zeitlehn auszuführen sind.

Den in den Schiffbaubetrieben vertretenen Gewerkschaften wird zur Aufgabe gemacht, aber die Unfälle und die Berufs-

krankheiten der Arbeiter ihrer Branche fortläufigen Statistik zu führen.

Als Vertreter des Vereins deutscher Kapitäne und Offiziere der Handelsmarine (Sig. Hamburg) gab der Kapitän Freyer seiner persönlichen Verabredung über den Verlauf des Kongresses Ausdruck. Er habe aus den Verhandlungen manches gelernt, was ihm bisher fremd gewesen sei, und könne nur wünschen, daß der Kongress mit seinen Verhandlungen baldigen Erfolg haben möge.

Bezüglich der Errichtung einer ständigen Schiffsahrtkommission für die in der Schiffsahrt und im Schiffbau beschäftigten Arbeiter stimmte der Kongress einer Resolution zu, in der eine solche Kommission für ein zweites Mal bezeichnet wurde. Die nächste Vorarbeit zur eventuellen Einlegung derselben sollen jedoch den Zentralvorständen der in Frage kommenden Organisationen überlassen bleiben.

Hierauf wurde der Kongress nach einer Schlussrede des Vorstehenden Alois Eulitz mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung geschlossen.

Mögen sich die Erwartungen, die der Kongress an seine Beratungen und Beschlüsse geknüpft hat, in hohem Maße erfüllen!

Eingegangene Schriften.

„Neue Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer), 28. Heft des 24. Jahrganges. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: „Militärische Strafrecht“. — „Zu Wankendes Geist und Rants Sozialismus“. — „Von A. Hoffe“. — „Die revolutionären Parteien in England während der Jahre 1888 bis 1908“. — „Von Dr. Ida Kierod, (Vorsitzung)“. — „Zum Kampfe um die preussische Volksschule“. — „Von Heinrich Schulz“. — „Organisation für die theoretische Bildung der Arbeiterklasse“. — „Von Max Kofol“. — „Die Abnahme der Altersrenten“. — „Von Friedrich Reich (Burgun)“. — „Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportage zum Preise von M. 3,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Abonnements siehe jederzeit zur Verfügung.“

„Die Neue Gesellschaft“. Sozialistische Wochenchrift. (H. Braun u. R. Braun). Heft 15. Aus dem Inhalt heben wir hervor: „Ant. Eulitz: Nationale Verantwortlichkeit“. Der Preis der einzelnen Nr. dieser Zeitschrift beträgt 10 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Kolportage und durch den Verlag Berlin W 16, Pfaffenstr. 6.

Briefkasten.

Matthausen, 200. „Im Grundstein“ ist nichts davon verzeichnet, daß die von Ihnen genannte Firma im Jahre 1905 gesperrt gewesen ist.

Salverstadt. Die beiden Todesanzeigen aus dem Monat März können wir, weil veraltet, nicht mehr berücksichtigen.

Münster i. W., 2. Beide Berichte sind hier nicht eingetroffen, sonst wären sie sicher aufgenommen worden. Der Tätigkeitsbericht der Bauarbeiterkommission werden wir nachträglich noch berücksichtigen, wenn Sie ihn noch einmal einreichen. Der Versammlungsbericht wird wohl veraltet sein.

Anzeigen.

Ulm.

Die Wohnung des Kassierers Nikolaus Bernhard befindet sich Olgastr. 92, I. Et. in Ulm; die des Vorstehenden J. Bantleon, Neu-Ulm, Donaustr. 7. (M. 1,80) Der Vorstand.

Osterholz-Scharmbeck.

Kassierer ist Martin Lankenau, Wohnung: Winterberg in Scharbeck. (M. 1,20)

Nortorf.

Herberge und Versammlungsort sind bei H. Wommelsdorf, Milderstraße. (M. 1,20)

Liegnitz.

Der Vorstehende, Kollege Rudolf Pohner, wohnt vom 15. April an Hagauerstr. 4, 3. Et. (M. 1,20)

Frankfurt a. d. O.

Unser jetziges Bezirkslokal ist das neue Gewerkschaftshaus, Oberstr. 51. Die Wohnung des Kassierers Wilhelm Niklas befindet sich Sophienstraße 36. (M. 1,80) Der Vorstand.

Achtung!

Für einen wichtigen Prozeß bedürfen wir der Adresse des Mannes Franz Nowack, der bis Ende 1905 in Deutsch Rawarn und bisher in Breslau wohnte. Er war im vorigen Sommer in Schwenitz, 10 Meilen von Berlin, der Vorstand des Verbandes und ging von da nach Berlin, Georgenstraße 25, und später wieder nach Obersiebenbrunn. Über den jetzigen Aufenthaltsort Nowacks kann, wenn Sie, Sie umgehend der Redaktion der „Volkswacht“ in Breslau, Neue Graupenstraße 5/6, bekannt zu geben.

Versammlungs-Anzeiger.

Die Versammlungen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Die regelmäßigen Mitgliedsversammlungen finden von jetzt ab immer den Mittwoch nach dem 1. und 15. im Monat statt.

Sonnabend, den 14. April.

Elmhorn. Abends 8 1/2 Uhr bei G. Walter. L.-O. Kellner. Versammlung.

Montag, den 16. April (Ostermontag).

Belgern a. d. E. Abends 8 1/2 Uhr im Brüdergasse 10. Neustadt a. d. Haardt. Abends 8 1/2 Uhr im Brüdergasse 10.

Mittwoch, den 18. April.

Guben. Abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal. Mitglieder haben mitzubringen.

Donnerstag, den 19. April.

Grünberg i. Schl. Abends 8 1/2 Uhr bei Frau Kram.

Sonnabend, den 21. April.

Aken. Abends 8 1/2 Uhr in der Herberge zur Heimat. Colditz. Abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal. Referent aus Leipzig anwesend.

Samstag, den 22. April.

Cöln. Morgens 11 Uhr Generalversammlung im „Goldhaufe“, Seebachstraße 100.

Croppenstedt. Abends 8 1/2 Uhr in der „Blutgasse“.

Friedersdorf. Abends 8 1/2 Uhr bei Pöckel Generalversammlung.

Dienstag, den 24. April.

Potsdam. Abends 8 1/2 Uhr bei Robertin. Wichtige Tagesordnung.

Öffentliche Maurerversammlungen.

Montag, den 16. April (Osterfesttag). Dahle i. S. Morgens 11 Uhr in Pöckel Restaurant. Referent der Gauvorsitzende.

Zentral-Krankenkasse der Maurer usw.

Mittwoch, den 18. April.

Schwerin i. M. Abends 8 1/2 Uhr im Gesellschaftshaus, Dr. Moor 11. L.-O. Abrechnung vom 1. Quartal.

Sonnabend, den 21. April.

Spandau. Abends 8 1/2 Uhr bei Böhl, Rummelsch. a. L.-O. Abrechnung vom 1. Quartal. Verschiedenes.

Samstag, den 22. April.

Potsdam. Morgens 10 Uhr bei Robertin.

Sonntag, den 23. April.

München. Morgens 10 Uhr im Restaurant „Gambian“, Semmlingerstr. 19. Quartalsversammlung.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlicht wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Tode Mitteilung gemacht wird. Die Beile steht 15 Pf.)

Brieg. Am 8. April verstarb unser Mitglied Hermann Wolf im Alter von 24 Jahren an Typhus.

Stettin. Am 4. April verstarb unser Verbandsmitglied Peter Krimmel im Alter von 29 Jahren an Lungenerkrankung.

Essen. Freitag, den 30. März, verstarb unser Verbandskollege Anton Eikel infolge eines Unfalles.

Frankfurt a. d. O. Am 28. März verstarb unser treuer Verbandskollege August May im Alter von 60 Jahren an der Prostatierkrankheit.

Salverstadt. Am 4. April verstarb nach kurzem aber schwerem Leiden unser Mitglied Fritz Grothaus im Alter von 56 Jahren an Lungenerkrankung.

Seiberg-Wilhelmsfeld. Am 2. April verstarb unser treuer Verbandsmitglied, Kollege Leonhard Harr im Alter von 36 Jahren an Wundruhr.

Münz. Am 5. April verstarb nach langem, schwerem Leiden unser Verbandskollege Wilhelm Adam Veith im Alter von 31 Jahren infolge Wundruhroperation und Drüsenentzündung.

Winden. Am 30. März verstarb unser Kollege Wilh. Schwieler aus Solghausen II im Alter von 32 Jahren nach neuromotischem Krankenlager an Mierleiden.

Ostroditz-St. Egidius, St. Josef. Am 3. März verstarb unser treuer Verbandsmitglied, Kollege Anton Stoklossa, im Alter von 65 Jahren an Magen- und Leberkrebs.

Paslan. Am 26. März verstarb unser treuer Kollege Max Biehl im Alter von 26 Jahren an der Prostatierkrankheit.

Stettin. Am 2. April verstarb unser Mitglied Karl Mayer in Bieschhausen im Alter von 31 Jahren an Scharlach.

München. Am 29. März verstarb unser Mitglied Xaver Stadler im Alter von 81 Jahren nach langem Leiden an der Prostatierkrankheit. — Am 5. April verstarb unser Verbandskollege Karl Bauer im Alter von 23 Jahren an der Prostatierkrankheit.

Pinneberg. Mittwoch, den 4. April, verstarb nach langem, schwerem Leiden unser treuer Mitglied F. Scheel im Alter von 97 Jahren.

Potsdam. Am 3. April verstarb unser Kollege Franz Jarosch im Alter von 88 Jahren an Lungenerkrankung.

Reichenbach. Am 3. April verstarb nach langem, schwerem Leiden unser langjähriger treuer Verbandskollege Karl Dehnhardt im Alter von 23 Jahren an Krampfadernentzündung und Hektik.

Mühlroth-Gamborn. Am 1. April verstarb infolge eines Unfalles unser Verbandskollege Friedr. Dreyer im Alter von 47 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Ruer & Co. in Hamburg.